

## Friedenspolitik im Nuklearzeitalter\*

von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Köchler

Hans Köchler  
(Bild hanskoechler.com)

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. mult. Hans Köchler (\*1948) war von 1990 bis 2008 Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck.

Er ist Gründer und Präsident (seit 1972) der International Progress Organization (Wien). Seither setzt er sich mit zahlreichen Publikationen, Reisen, Vorträgen und durch sein Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen für einen Dialog der Kulturen ein und arbeitet in verschiedenen Komitees und Expertengremien mit, die sich mit Fragen zur internationalen Demokratie, zu Menschenrechten und Entwicklung befassen. Hans Köchler ist Mitglied des Universitätsrates der University of Digital Science (Berlin). Seit 2018 lehrt er an der Academy for Cultural Diplomacy in Berlin. Hans Köchler lebt in Wien.

### Prolog

Politik – vor allem als Machtpolitik bzw. Weltpolitik – tendiert gleichsam naturgemäss zu Propaganda. Die Proklamationen der Politik dienen – mit seltenen Ausnahmen – dem Ziel, das nationale Interesse zu fördern, d. h. gegenüber anderen Staaten zu verteidigen. Dies gilt insbesondere für die sich durch die Epochen hindurchziehenden Ausrufungen – oder Diagnosen – einer «neuen Weltordnung», ob im ersten vorchristlichen Jahrhundert in Form der schon von den Zeitgenossen zugunsten von Augustus politisch vereinnahmten vierten Ekloge des Vergil (die im Mittelalter retrospektiv als Ankündigung der Ankunft Christi und Beginn eines neuen paradiesischen Zeitalters interpretiert wurde); in der Deklaration der Heiligen Allianz von 1815 nach den napoleonischen Kriegen; oder, schon näher bei der Gegenwart, in den Reden des amerikanischen Präsidenten nach dem Ende des Kalten Krieges, 1991.

Seit dem 24. Februar dieses Jahres wird wieder der Beginn einer neuen Epoche, wenngleich nicht einer goldenen, verkündet. Wir erleben, so konstatiert etwa der deutsche Kanzler, eine «Zeitenwende», insofern die «regelbasierte» Ordnung, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Vereinten Nationen gegolten habe, nunmehr abgelöst werde durch ein System, in dem das Faustrecht – als Recht des jeweils Stärkeren – regiert, und zwar genau so, wie es (trotz der Heiligen Allianz von 1815) die zwischenstaatlichen Beziehungen bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges dominierte, als per Vertrag (Kellogg-Briand-Pakt von 1928)<sup>1</sup> die zwischenstaatliche Gewaltanwendung zum ersten Mal rechtlich geächtet wurde.

Die Aussage von der Zeitenwende – inzwischen zum geflügelten Wort geworden – ist tatsächlich eine vom frustrierten Machtstreben des Westens diktierte Fehldiagnose, geradezu Propaganda in ihrer klassischen Form. Ein System von Regeln, die für alle gleich gelten würden, hat es auch und gerade im Zeitalter der Vereinten Nationen nie gegeben, da die UNO-Charta die Mächtigsten (nämlich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates) effektiv vom Gelten der wichtigsten dieser Regeln – nämlich des zwischenstaatlichen Gewaltverbotes – ausnimmt.<sup>2</sup>

Was sich vor unser aller Augen abspielt, ist eine «Zeitenwende» ganz anderer Art: In der Statistik der zwischenstaatlichen Gewaltanwendung ist im Jahre 2022 plötzlich ein dem Westen zugerechnetes Land (wenngleich diese Zuordnung unter dessen Bevölkerung umstritten ist) in der Position des Angegriffenen, während in den Jahrzehnten davor fast ausschliesslich die Vereinigten Staaten und deren Verbündete für sich – mehr oder weniger straflos – in Anspruch nahmen, das internationale Gewaltverbot zu ignorieren.

Faktum ist also: Das Grundproblem des 1945 begründeten und auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiterbestehenden Regelsystems ist weiterhin ungelöst – nämlich, dass gegen ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates (ob USA oder Russland) das Recht nicht durchgesetzt werden kann. Damit hängt das ganze UNO-System der kollektiven Sicherheit in der Luft, da auf Grund des Veto-Privilegs und der statutarischen Möglichkeit, auch als Konfliktpartei über einen Konflikt mit abzustimmen, gerade die «Garanten» des Rechts von dessen entscheidenden Bestimmungen ausgenommen sind, also effektiv über dem Recht stehen. Dies macht – unvermeidlich – jede Friedenspolitik prekär. Die unzähligen Kriege seit Gründung der UNO legen davon eindringlich Zeugnis ab.

Hiermit komme ich zum eigentlichen Teil meiner Ausführungen.

### I

Eine Zeitenwende, die diese Bezeichnung verdient, hat sich 1945 mit der Einführung und erstmaligen Anwendung von Nuklearwaffen, d. h. mit dem Übergang von der Ära der konventionellen zur Ära der Massenvernichtungswaffen ereignet. Dies hat Präsident John F. Kennedy in seiner berühmten «Friedensrede» von 1963 – einer der grossen politischen Reden des 20. Jahrhunderts – klar und eindringlich thematisiert: *«I speak of peace because of the new face of war.»*<sup>3</sup>

Die grosse Herausforderung ist also, zu bestimmen, was Friedenspolitik im Nuklearzeitalter überhaupt bedeuten kann. Angesichts dessen, was Strategen schon im Kalten Krieg mit dem Kürzel «MAD» bezeichnet haben («mutual assured destruction» [gegenseitig garantierte Vernichtung]), macht – so meinte auch Kennedy – ein umfassender Krieg («total war») überhaupt keinen Sinn:

*«It [total war/H.K.] makes no sense in an age when the deadly poisons produced by a nuclear exchange would be carried by wind and water and soil and seed to the far corners of the globe and to generations yet unborn.»*

Die rechtlichen Mittel zur Abwehr dieser Gefahr – gewissermassen das Pendant zur Friedenspolitik im Völkerrecht –, welche die Staatengemeinschaft in den Jahren nach der ernüchternden Diagnose von Kennedy entwickelt hat, ermangeln jedoch sowohl der Glaubwürdigkeit wie der Effektivität. Ich

nenne hier die drei wichtigsten Beispiele und stelle in Form von Stichworten die Diagnose voran:

– *Nicht umgesetzt: Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT)* [Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/«Atomwaffensperrvertrag»]; in Kraft seit dem 5. März 1970, am 11. Mai 1995 auf unbestimmte Zeit verlängert. Trotz der vielfältigen – allerdings unpräzisen und rechtlich nicht durchsetzbaren – Bestimmungen des Vertrages sind in mehr als einem halben Jahrhundert keine glaubwürdigen Schritte zur nuklearen Abrüstung gesetzt worden. Im Gegenteil, die Zahl der atomar gerüsteten Staaten hat sich seit dem Inkrafttreten des Vertrages vergrössert.

– *Nicht in Kraft getreten: Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT)* [Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen/«Kernwaffenteststopp-Vertrag»]; beschlossen von der UNO-Vollversammlung am 10. September 1996, aber bis heute nicht in Kraft getreten, da dies die Ratifikation durch 44 namentlich genannte Staaten erfordert. Von diesen Staaten haben z. B. Nuklearmächte wie China, Iran, Israel, Nordkorea, Indien, Pakistan, aber auch die USA diesen Schritt bis jetzt verweigert. Seit 1997 – also seit einem Vierteljahrhundert – besteht in Wien ein Vorbereitungs-komitee und ein vorläufiges, mit den modernsten Mitteln zur Überwachung des zukünftigen Verbotes ausgestattetes technisches Sekretariat – für eine auf unabsehbare Zeit nicht zustande kommende «Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen», eine geradezu kafkaeske Situation!

– *Nicht durchsetzbar: Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW)* [«Atomwaffenverbotsvertrag»]; beschlossen – auch über Initiative Österreichs – am 7. Juli 2017, in Kraft seit dem 22. Januar 2021. Bis zum 29. Juni 2022 haben 66 Staaten den Vertrag ratifiziert. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Atomwaffenstaaten dem Vertrag nicht beigetreten sind (und nicht beitreten werden). Da ein solches Verbot gegenüber Nuklearstaaten nicht durchgesetzt werden kann, bleibt das Vertragswerk, worauf auch die Bundesrepublik Deutschland, die sich nicht angeschlossen hat, hingewiesen hat, letztlich eine Übung in Gesinnungsethik. Was unter den vorherrschenden Bedingungen der Real- als Machtpolitik nützt, ist jedoch (um bei Max Schelers Terminologie zu bleiben), Verantwortungsethik.

Im Zusammenhang mit der mangelnden Glaubwürdigkeit und Effektivität der vorhin genannten Vertragswerke ist auch noch auf das letztlich wenig hilfreiche Gutachten («Advisory Opinion») des Internationalen Gerichtshofes zur Frage der Rechtmässigkeit der Androhung oder des Einsatzes von Nuklearwaffen [Advisory Opinion on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons] vom 8. Juli 1996 zu verweisen. In einer Art und Weise, die an ein sibyllinisches Orakel erinnert, stellt das Gericht fest, dass die Androhung oder der Einsatz von Nuklearwaffen zwar generell den Normen des Völkerrechts, die für bewaffnete Konflikte gelten, widersprechen «würde», dass das Gericht jedoch im Hinblick auf die gegenwärtige Verfassung des Völkerrechts nicht definitiv beurteilen könne, ob in einem extremen Fall von Selbstverteidigung, wenn das Überleben eines Staates auf dem Spiel steht, die Andro-

hung oder der Einsatz von Nuklearwaffen rechtmässig oder unrechtmässig wäre.<sup>4</sup>

Weil ein Verbot keinen Sinn macht, wenn die Nuklearstaaten dem Vertrag nicht beitreten, bleibt nur der Weg der Realpolitik. Was realpolitische Klugheit in diesem Rahmen eiskalter Machtpolitik bedeutet, hat Präsident Kennedy in seiner Rede 1963 meisterhaft beschrieben:

*«Above all, [...] nuclear powers must avert those confrontations which bring an adversary to a choice of either a humiliating retreat or a nuclear war. To adopt that kind of course in the nuclear age would be evidence only of the bankruptcy of our policy – or of a collective death-wish for the world.»*<sup>5</sup> [Nuklearmächte müssen vor allem diejenigen Konfrontationen vermeiden, die den Gegner in eine Lage manövrieren, in der er nur noch die Wahl zwischen demütigendem Rückzug und einem Nuklearkrieg hat. Im Nuklearzeitalter käme die Wahl einer solchen Strategie nur einer Bankrotterklärung unserer Politik gleich – oder einem kollektiven Todeswunsch für die ganze Welt./H.K.]

Diesen Rat aus der Zeit unmittelbar nach der Kuba-Krise sollten sich die Führer der westlichen Welt gerade in der jetzigen Situation zu Herzen nehmen, was die Konfrontation mit Russland betrifft.

### II

Wenn es um die Friedenspolitik im Nuklearzeitalter geht, kann diese nicht von der staatlichen Sicherheitsdoktrin – einem Bereich der Realpolitik – isoliert gesehen werden. Wir müssen deshalb der Erläuterung der Maximen der Friedenspolitik eine Besinnung auf die realpolitischen Gegebenheiten voranstellen.

Realpolitische Einsichten:

- Wenn nur ein Staat Nuklearwaffen besitzt, werden sie auch eingesetzt (Beispiele: Hiroshima, Nagasaki). Dieser Staat terrorisiert die Welt; er kann sie nach Belieben in Geiselschaft nehmen.
- Es besteht nur dann Hoffnung, dass die Waffen nicht zum Einsatz kommen, wenn ein Gleichgewicht des Schreckens besteht (MAD: mutual assured destruction) – ein brutaler und absurder Kalkulus, der das intrinsische Misstrauen zwischen den Kollektiven (Staaten) blosslegt: Jeder unterstellt dem anderen grundsätzlich einen Vernichtungswillen und versucht deshalb mit allen Mitteln, Überlegenheit zu erringen und zu erhalten, was sodann in einer Pattstellung resultieren kann. Im Fall der Nuklearwaffen bedeutet dies – auf Grund ihrer physikalischen Natur –, dass strategische Parität auch dann besteht, wenn – ab einer gewissen Schwelle – die Zahl und Vernichtungskraft der Waffen auf beiden Seiten nicht identisch ist. Es ist gewissermassen «egal», ob man sich gegenseitig einmal, zweimal oder dreimal usw. vernichten könnte («nuclear overkill»).

Maximen für eine Friedenspolitik im Nuklearzeitalter:

Unter diesen Umständen können Maximen für eine glaubwürdige Friedenspolitik nur unter Berücksichtigung des nuklearen Status quo, der weder hinweggewünscht noch moralisch «weggebetet» werden kann, formuliert werden. Die Realpolitik kann nur um

\* Vortrag vor einem Leserkreis von Zeit-Fragen am 25. Juli 2022 in Savognin, Graubünden



# «Sie haben nicht Russland angegriffen, sie haben Europa angegriffen»

## Wer und was steckt hinter der Sabotage gegen die Nord-Stream-Pipelines?

von Scott Ritter



Scott Ritter (Bild zvg)

Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, der in seiner mehr als 20jährigen Laufbahn unter anderem in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General Norman Schwarzkopf während des Golf-Kriegs und später als Chefwaffeninspektor der Uno im Irak von 1991–1998 tätig war.

Am 7. Februar dieses Jahres versprach US-Präsident Joe Biden, dass er die Nord-Stream-2-Pipeline stilllegen würde, falls Russland in die Ukraine einmarschieren sollte. Dabei handelt es sich um ein 11-Milliarden-Dollar-Pipelineprojekt, das russisches Gas von russischem Territorium durch die Ostsee zu einem deutschen Terminal leitet, von wo es an verschiedene europäische Kunden verteilt werden soll. Heute scheint Joe Biden sein Versprechen eingelöst zu haben. Auf einem Unterwasserabschnitt der Pipeline in den dänischen Gewässern in der Nähe der dänischen Insel Bornholm gab es eine Explosion, die die Nord-Stream-2-Pipeline praktisch lahmgelegt hat. Ein dänisches F-16-Kampfflugzeug sah in der Nähe eine riesige Gasblase mit einem Durchmesser von einem Kilometer, die aus der Oberfläche aufstieg. Russland hat angedeutet, dass die Reparatur dieser Schäden einige Zeit in Anspruch nehmen wird – Mo-

### Joe Biden: «Nord Stream 2 wird es nicht mehr geben»

US-Präsident Joe Biden sagte am 7. Februar 2022 in einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz:

«If Russia invades, that means tanks and troops crossing the border of Ukraine, again, than there will be no longer a Nord Stream 2. We will bring an end to it.»

Question:

«But how will you do that, exactly, since the project – and control – the project is within Germany's control.»

Joe Biden:

«We will, I promise you, we will be able to do that.»

(«Wenn Russland einmarschiert, das heisst, Panzer und Truppen die Grenze zur Ukraine überqueren, dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.»)

Frage:

«Aber wie genau wollen Sie das machen, da das Projekt – und seine Kontrolle – in deutscher Hand liegt?»

Joe Biden:

«Wir werden, ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein, das zu tun.»

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/joe-biden-bei-russischem-angriff-ist-nord-stream-2-gestorben-17788090.html>

nate, wenn nicht sogar länger. Zur gleichen Zeit, als die Nord-Stream-2-Pipeline sabotiert wurde, gab es zwei ähnliche Explosionen an Pipelines, die zur Nord-Stream-1-Pipeline gehören. Das ist die Pipeline, die 2012 fertiggestellt wurde und Europa mit erheblichen Mengen an russischem Gas versorgt. Wer profitiert davon? Einige Leute beschuldigen Russland, sich selbst zu sabotieren, denn das wäre in der Tat ein Akt der Selbstsabotage.

Russland hat kein Interesse daran, das zu tun; tatsächlich spricht die russische Sicherheitspolitik im Energiebereich davon, dass man hofft, das Schiff mit russischem Gas, das russische Energie nach Europa transportiert, wieder zum Laufen zu bringen, um dies nicht dauerhaft zu verhindern. Jetzt ist klar, dass die Vereinigten Staaten ihr Versprechen eingelöst haben – um was zu tun? Russland anzugreifen? Sie haben nicht Russland angegrif-

### Victoria Nuland über Nord Stream 2

Victoria Nuland, Unterstaatssekretärin im Aussenministerium für politische Angelegenheiten der USA, sagte bei einem Briefing im Aussenministerium am 27. Januar 2022:

«With regard to Nord Stream 2: we continue to have very strong and clear conversations with our German allies, and I want to be clear with you today. If Russia invades Ukraine, in one way or another, Nord Stream 2 will not move forward.»

(Die Worte «Nord Stream 2 will not move forward» betont sie jedes einzeln.)

(«Bezüglich Nord Stream 2: Wir führen weiterhin sehr harte und klare Diskussionen mit unseren deutschen Verbündeten. Und ich möchte heute ganz klar sein: Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 auf die eine oder andere Weise nicht vorankommen.»)

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=RLeAgMF0Q6Y>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

fen, sie haben Europa angegriffen, sie haben Dänemark angegriffen, sie haben dänische Hoheitsgewässer verletzt. Sie haben Deutschland angegriffen, sie haben die Schweiz angegriffen, die Nord-Stream-2-Unternehmen, die ihren Hauptsitz in der Schweiz haben. Sie haben Europa angegriffen, denn genau darum geht es hier. Es geht darum, dass die Vereinigten Staaten die russische Energieversorgung als Vorwand nutzen, um die Wirtschaft Europas in einer kritischen Zeit lahmzulegen, um die Vorherrschaft der amerikanischen Hegemonie zu sichern. Nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=OgYo0BNEIYs> vom 29.9.2022  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

## Verschwende keine Krise ...

ts. Erstaunlich klare Worte gegen die Machtanmassung der EU fand unlängst Peter Rásonyi in der «Neuen Zürcher Zeitung». Anlässlich der Rede von Bundeskanzler Scholz in Prag, in welcher dieser das Prinzip der Einstimmigkeit der Mitgliedsländer etwa in der Aussenpolitik in Frage stellte und damit einem Abbau der Souveränität der Nationalstaaten das Wort redete, liess die Schriftleitung an der Zürcher Falkenstrasse ihrem Mitarbeiter folgende Formulierung durchgehen: «Verschwende keine Krise, die der eigenen Machtausweitung dienen könnte. Nach diesem Motto nutzen EU-Politiker seit je Notlagen, um die Kompetenzen der EU-Institutionen in Brüssel Schritt für Schritt auszuweiten.» In den letzten Jahren habe Brüssel keinen Mangel an Rechtfertigungen für seine «voranschreitende Machtkonzentration» gehabt: namentlich erwähnt Rásonyi «die Finanzkrise, die Euro-Krise, die Pandemie und nun den Ukraine-Krieg».

Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom 30.8.2022

### «Friedenspolitik im Nuklearzeitalter»

Fortsetzung von Seite 1

den Preis der Scheinheiligkeit ausgeklammert werden.

– An erster Stelle ist hier Präsident Kennedys bereits erwähnte Einsicht – oder Maxime – aus dem Jahr 1963 zu nennen, wonach kein Akteur so in die Enge getrieben werden darf, dass er keinen anderen als den nuklearen «Ausweg» mehr sieht. Das ebenfalls schon zitierte Gutachten des In-

ternationalen Gerichtshofes, der höchsten Rechtsinstanz der Vereinten Nationen, verweist in eine ähnliche Richtung.

– In der Folge müsste die internationale Gemeinschaft unter den Auspizien der Vereinten Nationen die Bemühungen verstärken, regionale Dauerkonflikte zu entschärfen – und zwar gerade dort, wo die von Kennedy angesprochene und vom Internationalen Gerichtshof thematisierte Gefahr besteht: vor allem im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien und in Ostasien und (seit Februar 2022) auch in Europa. Es dürfen keine Anlassfälle für «Panikreaktionen» geschaffen werden.

Was die Verantwortung und die Bemühungen der internationalen Zivilgesellschaft betrifft, so sind die Initiativen und Kampagnen vieler nichtstaatlicher Organisationen seit dem Kalten Krieg wie z. B. die Campaign for Nuclear Disarmament oder der Appell von Juristen gegen den Atomkrieg zu erwähnen, in dessen Rahmen die International Progress Organization bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegenüber der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Kampagne zur Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes unterstützte (über dessen Inhalt ich bereits gesprochen habe). Genauso wichtig wie diese Aktionen auf NGO-Ebene wären – wenn es sie denn gäbe – explizite Äusserungen der grossen Religionsgemeinschaften zur Amoralität nicht nur des Einsatzes, sondern auch der Herstellung und Bereithaltung von Nuklearwaffen. All dies sind jedoch Aktivitäten im Bereich einer langfristigen Bewusstseins- und Gewissensbildung, die ad hoc – re-

apolitisch, also «waffentechnisch» – nichts bewirken können.

### Epilog

Ob die Menschheit jemals über die im kollektiven Egoismus wurzelnde Machtpolitik hinauskommt<sup>6</sup> – Mearshimer hat von der «Tragedy of Great Power Politics»<sup>7</sup> gesprochen –, bevor sie sich auf Grund des gegenseitigen Misstrauens der Völker und Staaten selbst vernichtet, bleibt weiterhin offen. In der Bewusstmachung dieses Dilemmas würde ich auch die Rolle der Religion sehen, wenn sie denn mehr sein soll als ein Ornament der Spassgesellschaft, zu der zumindest die – nuklear bis auf die Zähne bewaffnete – westliche Welt in diesem unserem «postindustriellen», von IT und den Sozialen Medien geformten Jahrhundert geworden ist.

Wie Kennedy unter Anspielung auf Chamberlains Rede 1938<sup>8</sup> treffend formuliert hat, kann es im Nuklearzeitalter auf Grund der Konsequenzen des Krieges nicht mehr nur um Ad-hoc-Lösungen, um «peace for our time» gehen; angesichts der drohenden Apokalypse ist die einzige Option ein Konzept für «peace in all time», also ein immerwährender Friede.

Der Stein der Weisen – für ein kantisches, idealistisches Konzept zum «ewigen Frieden» – ist gerade für das Nuklearzeitalter noch nicht gefunden. Solange Staaten täglich erfahren – und damit kalkulieren –, dass sie im internationalen Konzert nur ernst genommen werden und vor «régime change» nur sicher sind, wenn sie nukleare Kapazität erlangen, bleibt jede auch noch so gut gemeinte – nicht bloss taktisch-moralistische – Friedenspolitik prekär. Ein Blick auf die Ereignisse im Irak (2003) und Libyen (2011) und auf die fortdauernde Kontroverse mit Nordkorea beseitigt auch die letzten Illusionen.

Friede ist, wie auch Kant gesehen hat, kein Naturzustand. Die Menschheit müsste sich durch Vertrag zu ihm «überwinden» –

was gerade der Sinn des in der UNO-Charta von 1945 verankerten Gewaltverbotes wäre, das rechtlich schon seit dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928 gilt.

Zum allerletzten Mal sei auf die Realität der internationalen Beziehungen – das leidige Caveat der Realpolitik – verwiesen: das kantisch inspirierte Verbot hat weder den Zweiten Weltkrieg noch die nukleare Vernichtung zweier japanischer Städte verhindert.

<sup>1</sup> General Treaty for Renunciation of War as an Instrument of National Policy, unterzeichnet in Paris am 27. August 1928

<sup>2</sup> Vgl. Köchler, Hans. «Normative Inconsistencies in the State System with Special Emphasis on International Law», in: *The Global Community – Yearbook of International Law and Jurisprudence 2016*. Oxford: Oxford University Press, 2017, S. 175–190

<sup>3</sup> Commencement Address at American University, Washington, D.C., June 10, 1963; zitiert nach dem von «John F. Kennedy Presidential Library and Museum» veröffentlichten Text, [jfklibrary.org](http://jfklibrary.org)

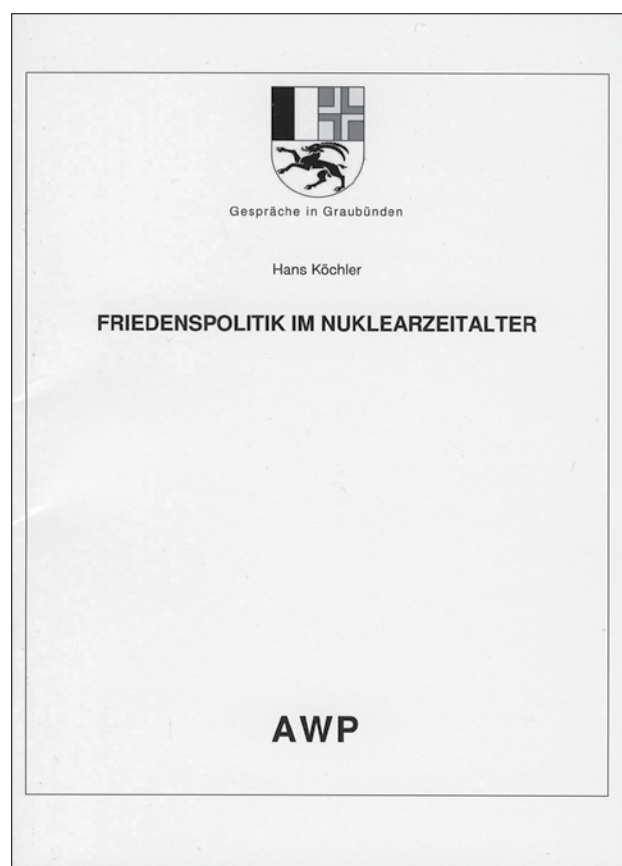
<sup>4</sup> International Court of Justice, *Advisory Opinion of 8 July 1996*, Par. 105 (2) (E): «However, in view of the current state of international law, and of the elements of fact at its disposal, the Court cannot conclude definitively whether the threat or use of nuclear weapons would be lawful or unlawful in an extreme circumstance of self-defence, in which the very survival of a State would be at stake ...» N.B.: Der Beschluss zu diesem Punkt erfolgte mit einem Stimmenverhältnis von 7 zu 7, wobei die Stimme des Präsidenten den Ausschlag gab.

<sup>5</sup> Loc. cit.

<sup>6</sup> Schwarzenberger, Georg. *Über die Machtpolitik hinaus?* Hamburg: Hansischer Gildenverlag, 1968

<sup>7</sup> Aktualisierte Auflage: New York: W.W. Norton & Company, 2014

<sup>8</sup> Worte von Ministerpräsident Neville Chamberlain – gesprochen am Eingang von 10 Downing Street in London – nach seiner Rückkehr aus München am 30. September 1938: «My good friends, for the second time in our history, a British Prime Minister has returned from Germany bringing peace with honour. / I believe it is peace for our time ... / Go home and get a nice quiet sleep.» (Zitiert nach: EuroDocs, Harold B. Lee Library, Brigham Young University, USA.)

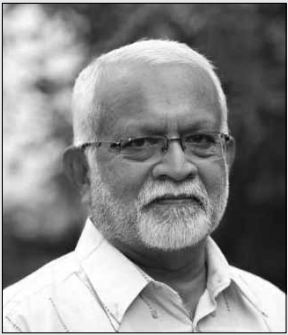


Der Text des Vortrages ist auch als Broschüre erschienen. Zu beziehen ist sie bei der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik, Kohlmarkt 4/12, A-1010 Wien oder: [info@i-p-o.org](mailto:info@i-p-o.org)



# Warum das Referendum in der Ukraine eine grosse Sache ist

von M. K. Bhadrakumar



M. K. Bhadrakumar  
(Bild zvg)

M. K. Bhadrakumar hat rund drei Jahrzehnte als Karrierediplomat im Dienst des indischen Aussenministeriums gewirkt. Er war unter anderem Botschafter in der früheren Sowjetunion, in Pakistan, im Iran und in Afghanistan sowie in Südkorea, Sri Lanka, Deutschland und in der Türkei. Seine Texte beschäftigen sich hauptsächlich mit der indischen Aussenpolitik und Ereignissen im Mittleren Osten, in Eurasien, in Zentralasien, Südostasien und im Pazifischen Asien. Sein Blog heisst «Indian Punchline».

Das Referendum<sup>1</sup> vom 23. bis 27. September 2022 im Donbass und in den südlichen Regionen Cherson und Saporoschje über den Beitritt zur Russischen Föderation ist auf den ersten Blick eine Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der einheimischen Bevölkerung, die den vom Westen unterstützten Regimewechsel in Kiew im Jahr 2014 und den Aufstieg extrem nationalistischer Kräfte mit neozaristischen Tendenzen in der Machtstruktur ablehnt.

Aber es hat auch noch andere Dimensionen. Aller Voraussicht nach wird sich das Referendum mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zur Russischen Föderation entscheiden. Im Donbass ist es eine einfache Frage: «Sind Sie für den Beitritt der DVR zur Russischen Föderation als Subjekt der Russischen Föderation?» Für Cherson und die Saporoschje-Kosaken sieht das Referendum drei aufeinander folgende Entscheidungen vor: die Sezession dieser Gebiete von der Ukraine, die Bildung eines unabhängigen Staates und die Aufnahme in die Russische Föderation.

**In Russland gibt es eine breite Unterstützung für den Beitritt der vier Oblaste**  
Im Jahr 2014 wurden alle rechtlichen Verfahren für die Aufnahme der Krim und Sewastopol in die Russische Föderation innerhalb von vier Tagen abgeschlossen. Auch dieses Mal ist ein zügiger Prozess zu erwarten. In Russland gibt es eine breite Unterstützung

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18640618540067517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGT2B

IBAN AT553700000105713599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Der Beitritt der Regionen Donbass, Cherson und Saporoschje zur Russischen Föderation ist ein unwiderruflicher Schritt, der nicht rückgängig gemacht werden kann und wird, solange die Russische Föderation ein unabhängiger Staat ist, wie Medwedew betonte. Die USA – und der «kollektive Westen» und die Nato – würden das wissen. Im Klartext: Der von der Nato entwickelte Algorithmus für Stellvertreterkriege hat ausgedient und wird zu einem Museumsstück.»

für die Wiedervereinigung mit der russischstämmigen Bevölkerung in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine, die in den vergangenen acht Jahren unter der brutalen Gewalt extremistischer ukrainischer Nationalisten, die den Staatsapparat kontrollieren, zu leiden hatte. Dies ist ein sehr emotionales Thema für die russische Bevölkerung.

In der Zeit nach dem Kalten Krieg hat der Westen bei der Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawien erstmals den Geist des Selbstbestimmungsrechts aus der Flasche gelassen. Obwohl die USA die Sezession des Kosovo von Serbien bereits zwischen 1999 und 2008 eingeleitet haben, muss die Entität noch von der Uno anerkannt werden. Serbien lehnt die Sezession trotz des anhaltenden westlichen Drucks ab.

Der Präzedenzfall Kosovo wird die westlichen Mächte jedoch nicht davon abhalten, den Beitritt von Regionen der Ukraine zur Russischen Föderation zu verurteilen.

«Weder das Pentagon noch die russische Militärführung werden das Spiel mit dem Feuer riskieren. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Beitritt der neuen Gebiete zur Russischen Föderation weder von den USA noch von der Nato militärisch in Frage gestellt wird.»

### Was ist das russische Kalkül?

Die entscheidende Frage ist heute die nach dem russischen Kalkül. Präsident *Wladimir Putin* hat sicherlich einkalkuliert, dass der Beitritt der «russischen Regionen» in der Ost- und Südukraine eine Entscheidung ist, die in der Bevölkerung auf breite Zustimmung trifft. Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er ein feines Gespür für die Hoffnungen und Bestrebungen seines Volkes hat. Die aufschlussreichsten (und aussagekräftigsten) Kommentare zu diesem Thema stammen von dem ehemaligen Präsidenten *Dmitri Medwedew*.

Medwedew schrieb in seinem *Telegramm*-Kanal: «Volksabstimmungen im Donbass sind nicht nur für den systemischen Schutz der Bewohner der LNR, DNR (Donbass) und anderer befreiter Gebiete von grosser Bedeutung, sondern auch für die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit.»

Medwedew ist der Meinung, dass diese Plebiszite «den Verlauf der Entwicklung Russlands für Jahrzehnte völlig verändern». Er fügt hinzu: «Und nicht nur unser Land. Denn nachdem sie (die Volksabstimmungen) abgehalten und die neuen Gebiete in Russland aufgenommen worden sind, wird der geopolitische Wandel in der Welt unumkehrbar werden.»

Vor allem aber warnt Medwedew: «Ein Übergriff auf das Territorium Russlands ist ein Verbrechen, dessen Begehung es erlaubt, alle Kräfte der Selbstverteidigung einzusetzen.»

Darüber hinaus sagt er, dass, sobald der Prozess der Eingliederung der neuen Gebiete abgeschlossen ist, «kein einziger zukünftiger Führer Russlands, kein einziger Beamter in der Lage sein wird, diese Entscheidungen rückgängig zu machen. Deshalb sind diese

Volksabstimmungen in Kiew und im Westen so gefürchtet. Deshalb müssen sie auch durchgeführt werden.»

### Russland hat Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben

Es zeigt sich, dass Russland die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben hat.<sup>2</sup> Moskau war zunächst optimistisch, dass Kiew verhandeln würde, aber die bittere Erfahrung hat gezeigt, dass Präsident *Selenski* kein freier Mann ist. Das US-amerikanisch-britische Tandem hat das von russischen und ukrainischen Beamten im April in Istanbul unter türkischer Vermittlung ausgehandelte Abkommen untergraben. Die *Biden*-Administration hält die Stoppuhr für den Stellvertreterkrieg. Und Washingtons Zeitplan ist mit der Schwächung und Zerstörung des russischen Staates verbunden, was das ultimative Ziel der USA ist. Vergessen wir nicht, dass Joe Biden eine entscheidende Rolle bei der

Einsetzung des neuen Regimes in Kiew im Jahr 2014 und bei der Formung der Ukraine als antirussischer Staat gespielt hat.

Es genügt zu sagen, dass das Referendum am Mittwoch unter den gegebenen Umständen die einzige Möglichkeit für Russland ist, während Kiew auf Anraten der USA, Grossbritanniens und Polens an einer maximalistischen Position festhält.<sup>3</sup>

Der Beitritt von Donbass, Cherson und Saporoschje schafft eine neue politische Realität, und Russlands teilweise Mobilisierung auf paralleler Schiene soll die militärische Untermauerung dafür liefern. Der Beitritt bedeutet insofern einen Paradigmenwechsel, als jeder weitere Angriff auf diese Regionen von Moskau als Angriff auf die territoriale Integrität und Souveränität Russlands gewertet werden kann.

Die mutwilligen Angriffe Kiews auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur im Donbass, in Cherson und Saporoschje werden mit Sicherheit eine russische Reaktion auslösen.<sup>4</sup> Jeder Angriff wird als Aggression betrachtet werden, und Moskau behält sich das Recht vor, «angemessen» zu reagieren. Die Tatsache, dass der russische Aufmarsch in diesen Gebieten erheblich aufgestockt und aufgerüstet wird, signalisiert die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden.

### Wie wird der Rest Europas reagieren?

In der Zwischenzeit wird Russland seine speziellen Militäroperationen fortsetzen, bis die gesetzten Ziele vollständig erreicht sind. Das bedeutet, dass noch mehr Gebiete unter russische Kontrolle geraten können, wodurch immer neue Fakten geschaffen werden, während die Spur des Dialogs erloschen ist.<sup>5</sup> Und natürlich spielt sich all dies zu einem Zeit-

«Moskau war zunächst optimistisch, dass Kiew verhandeln würde, aber die bittere Erfahrung hat gezeigt, dass Präsident *Selenski* kein freier Mann ist. Das US-amerikanisch-britische Tandem hat das von russischen und ukrainischen Beamten im April in Istanbul unter türkischer Vermittlung ausgehandelte Abkommen untergraben. Die *Biden*-Administration hält die Stoppuhr für den Stellvertreterkrieg.»

punkt ab, an dem Europa in die Rezession abrutscht, weil die Sanktionen gegen Russland zum Bumerang werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die europäische Öffentlichkeit ihre Regierungen dabei unterstützen wird, wegen der Ukraine in einen Krieg mit Russland einzutreten. Kiew und seine Mentoren in Washington und London müssen dies alles sehr sorgfältig bedenken.

### Niemand wird das Spiel mit dem Feuer riskieren

Der Pentagon-Sprecher *Patrick Ryder* hat wie folgt reagiert: «Niemand wird solche gefälschten Referenden ernst nehmen, und die USA werden ihre Ergebnisse sicher nicht anerkennen. Wie wird sich das auf unsere und die internationale Unterstützung für die Ukraine auswirken? Das wird sich in keiner Weise auswirken, wir werden weiterhin mit der Ukraine und unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, um ihnen die notwendige Unterstützung zum Schutz ihres Territoriums zukommen zu lassen.»

Das ist eine hinreichend ausweichende Erklärung, die in mutige Worte gekleidet ist. Weder das Pentagon noch die russische Militärführung werden das Spiel mit dem Feuer riskieren. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Beitritt der neuen Gebiete zur Russischen Föderation weder von den USA noch von der Nato militärisch in Frage gestellt wird.

Abgesehen davon befindet sich Russland ohnehin im Krieg mit der Nato, wie Verteidigungsminister *Sergej Schoigu* sagte, wenn auch nicht in bezug auf US-Waffenlieferungen, für die «wir Mittel und Wege finden, ihnen zu begegnen», sondern in bezug auf die bestehenden westlichen Systeme – Kommunikationssysteme, Informationsverarbeitungssysteme, Aufklärungssysteme und Satellitenaufklärungssysteme.<sup>6</sup>

### Das Nato-Konzept der Stellvertreterkriege hat ausgedient

Der Beitritt der Regionen Donbass, Cherson und Saporoschje zur Russischen Föderation ist ein unwiderruflicher Schritt, der nicht rückgängig gemacht werden kann und wird, solange die Russische Föderation ein unabhängiger Staat ist, wie Medwedew betonte. Die USA – und der «kollektive Westen» und die Nato – würden das wissen. Im Klartext: Der von der Nato entwickelte Algorithmus für Stellvertreterkriege hat ausgedient und wird zu einem Museumsstück.

Die Analogie der CIA zum afghanischen Dschihad in den 1980er Jahren gilt nicht mehr – wenn sie überhaupt jemals galt. In der Tat hat Russland einen «Sumpf» in der Ukraine vermieden und ist auf dem Weg, den Spieß gegen die Nato umzudrehen.

In seiner nationalen Ansprache am Mittwoch sagte Putin: «Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir natürlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu verteidigen. Das ist kein Bluff.»<sup>7</sup> Putin sagte auch, dass Russland über eine überlegene nukleare Schlagkraft verfügt.

Um doppelt sicherzugehen, dass die Botschaft angekommen ist, hat Moskau heute den Schleier über seiner neuesten Interkontinentalrakete *Sarmat*<sup>8</sup> gelüftet. Die Ergebnisse des Referendums müssen spätestens fünf Tage nach dem letzten Abstimmungstag (27. September) feststehen, und die Frage des Beitritts zu Russland gilt als angenommen, wenn mehr als 50% der Teilnehmer des Plebiszits dafür stimmen. Bezeichnenderweise wird die russische Staatsduma am 27. und 28. September in Moskau zu einer Plenarsitzung zusammentreten. •

<sup>1</sup> <https://tass.com/world/1510633>

<sup>2</sup> <https://tass.com/politics/1511139>

<sup>3</sup> <https://tass.com/world/1511459>

<sup>4</sup> <https://www.rt.com/russia/563315-donetsk-market-shelling-referendum/>

<sup>5</sup> <https://tass.com/politics/1511139>

<sup>6</sup> <https://tass.com/politics/1511125>

<sup>7</sup> <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69390>

<sup>8</sup> <https://tass.com/defense/1511677>

Quelle: <https://www.indianpunchline.com/why-ukraine-referendum-is-a-big-deal/> vom 22.9.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)



# Den dritten Weltkrieg beenden, bevor es zu spät ist

von Karl-Jürgen Müller

Viele verkennen, dass wir schon mitten in einem Weltkrieg sind. Die Opfer dieses Weltkrieges, der schon bald nach dem Ende des Kalten Krieges Anfang der neunziger Jahre begann,<sup>1</sup> gehen schon jetzt in die Millionen. Nun sind auch in der Ukraine Zigttausende Menschenopfer zu beklagen. Noch verhindert die tägliche Kriegspropaganda die notwendige Sachlichkeit und Besonnenheit bei der Suche nach einem Ende dieses Weltkrieges. Sachlichkeit und Besonnenheit aber sind dringend geboten, um so schnell wie möglich weitere Opfer, mehr noch, um die grosse Katastrophe für die gesamte Menschheit – einen Atomkrieg – zu verhindern.

Vorweg: Es ist sehr verkürzt und verfälschend, wenn bei uns im Westen behauptet wird, der russische Präsident *Wladimir Putin* habe in seiner Rede vom 21. September 2022, mit der er die Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte öffentlich bekanntmachte, mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Wörtlich sagte er hingegen:

«Washington, London und Brüssel drängen Kiew direkt dazu, Militäraktionen auf unser Territorium zu verlegen. Sie sagen bereits offen, dass Russland mit allen Mitteln auf dem Schlachtfeld besiegt werden muss, gefolgt vom Entzug politischer, wirtschaftlicher, kultureller und überhaupt aller Art von Souveränität und der vollständigen Ausplünderung unseres Landes.

Das geht bis zu nuklearer Erpressung. Ich spreche nicht nur von dem vom Westen unterstützten Beschuss des Kernkraftwerks *Saporoschje*, wodurch eine nukleare Katastrophe droht, sondern auch von den Äusserungen einiger hochrangiger Vertreter führender Nato-Länder über die Möglichkeit und Zulässigkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen – Kernwaffen – gegen Russland.

Diejenigen, die solche Erklärungen gegenüber Russland machen, möchte ich daran erinnern, dass auch unser Land über verschiedene Zerstörungsmittel verfügt, von denen einige Komponenten fortschrittlicher sind als die der Nato-Länder. Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir natürlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu verteidigen. Das ist kein Bluff.

Die Bürger Russlands können sicher sein: Die territoriale Integrität unseres Heimatlandes, unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit werden – das möchte ich noch einmal betonen – mit allen uns zur Verfügung ste-

henden Mitteln gesichert. Und diejenigen, die versuchen, uns mit Atomwaffen zu erpressen, müssen wissen, dass der Wind auch in ihre Richtung wehen kann.»<sup>2</sup>

## Was ist von Lars Klingbeils Warnungen vor einem dritten Weltkrieg zu halten?

Am 23. September titelte das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND): «Dritten Weltkrieg verhindern: *Lars Klingbeil* warnt vor dramatischer Eskalation». Der Bundesvorsitzende der deutschen SPD hatte dem Zeitungsnetzwerk nach der Verkündung der russischen Teilmobilisierung ein Interview gegeben und gesagt: «Wir werden weiter konsequent die Ukraine unterstützen. Gleichzeitig ist klar, es gilt, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.» Klingbeil sagte laut RND auch, die aktuellen Erfolge der Ukraine hätten massgeblich mit der Unterstützung aus dem westlichen Bündnis zu tun. Wörtlich wird er wie folgt zitiert: «Die von Deutschland gelieferte *Panzerhaubitze 2000* ist eines der erfolgreichsten Waffensysteme, die in der Ukraine eingesetzt werden.»

Um so mehr stellt sich die Frage nach der Logik solcher Äusserungen. Einerseits bestätigt der SPD-Bundesvorsitzende, dass Deutschland – wie die Nato insgesamt, ganz vorne die USA und Grossbritannien – in der Ukraine Kriegspartei gegen Russland ist. Gleichzeitig aber will er die Gefahr eines dritten Weltkrieges bannen. Herr Klingbeil, so kann das nicht funktionieren. Die Politik der Nato-Staaten der vergangenen 30 Jahre und nun auch die Lieferungen schwerer deutscher Waffen an die Regierung der Ukraine sind – bei Lichte betrachtet – Teile eines dritten Weltkrieges. Seit dem 24. Februar 2022 eskaliert dieser Krieg. Sie aber streuen Ihren Wählern und allen Deutschen Sand in die Augen und vertuschen die Realität.

## Wen «unterstützt» der Westen im Ukraine-Krieg?

So, wie unsere Politiker und unsere Medien auch sonst die Realität vertuschen. Zum Beispiel, wen Deutschland (und die Nato und deren Mitkrieger) in der Ukraine tatsächlich unterstützt. Der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* hat am 22. September in einer Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen<sup>3</sup> erneut darauf aufmerksam gemacht. Aber das will bei uns im Westen noch niemand hören, geschweige denn ernstnehmen. Entsprechend scharf fiel die westliche Polemik aus.

Nicht zuletzt gehört es zur Realität, dass es keine grosse militärische Leistung ist, in einem Krieg eine Wüste verbrannter Erde zu hinterlassen. Die Deutschen wissen dies seit *Hitlers* «totalem Krieg» gegen die Sowjetunion, der ausgerufen wurde, obwohl die eigene Niederlage schon unübersehbar geworden war. Aber wer weiss denn noch, dass in den weiteren mehr als zwei Jahren Weltkrieg nach Stalingrad mehr Menschen starben als in den Kriegsjahren zuvor? *Welch ein Wahnsinn!*

## Tiefpunkte der Kriegspropaganda

Die *Goebbels*-Rede im Sportpalast vom Februar 1943 – gehalten zweieinhalb Wochen nach der vernichtenden Niederlage in Stalingrad – war ein Tiefpunkt nationalsozialistischer Kriegspropaganda. Können wir daraus nicht auch lernen, dass Kriegspropaganda nicht nur Angst und Hass schüren, Verstand und Mitgefühl betäuben und Kriegsbereitschaft hervorrufen will? Verhält sich die Eskalation der Propaganda nicht auch indirekt proportional zur tatsächlichen politischen Grösse – was ja nichts anderes bedeuten sollte als eine am Gemeinwohl orientierte Politik? Dass die Propaganda in unseren westlichen Medien in den vergangenen Monaten in bislang unbekanntem Tiefen eskaliert ist, ist eben kein gutes Zeichen für die Qualität der Politik unserer Regierungen. Grosse «Erfolge» im Informationskrieg gegen Russland – dessen rühmt sich ja der Westen – sind wohl eher ein Pyrrhussieg. «Ein Pyrrhussieg ist ein zu teuer erkaufter Erfolg», heisst es bei *Wikipedia*.

Anders formuliert: Den seit 30 Jahren vom Westen gegen Russland geführten Krieg werden weder gleichgeschaltete eskalierende Propaganda-Feldzüge (*übrigens frage ich mich immer wieder, was in den Köpfen und Seelen von Menschen vorgeht, die solche Propaganda betreiben*) noch Waffenlieferungen, noch Sanktionen, noch Umsturzversuche, noch die immer intensivere sonstige Kriegsbeteiligung erträglicher für die Menschheit machen. Nicht erträglicher für die Menschen in EU-Europa, in den USA und in Russland ... auch nicht erträglicher für die Schweizer ... und auch nicht erträglicher für die Menschen sonstwo auf der Welt – und schon gar nicht erträglicher für die Menschen in der Ukraine. *Dagmar Henn*, eine nach Russland ausgewanderte Deutsche, hat es am 22. September in einem Kommentar für *RT DE* sehr anschaulich formuliert: Seit dem Februar 2022 gelte aus russischer Sicht

in Richtung Nato-Staaten: «Wenn ihr Eskalation wollt, könnt ihr sie haben.»

## Eskalation darf nicht das letzte Wort sein

Eskalation darf aber nicht das letzte Wort sein. In einem Interview mit dem amerikanischen-deutschen *Institute for Cultural Diplomacy*<sup>4</sup> vom 23. September hat *Hans Köchler*, Präsident der *International Progress Organization*, Theoretiker und Praktiker des *Dialogs der Zivilisationen* und Autor bei *Zeit-Fragen*, auf die Frage, was diplomatisch getan werden kann und sollte, um den Konflikt zwischen dem «Westen» und Russland zu deeskalieren und eine Brücke für eine künftige diplomatische Lösung zu bauen, unter anderem geantwortet:

«[Die] erfolgreichen Bemühungen von Staaten, die in der Lage waren, die Kommunikationskanäle mit beiden Seiten offen zu halten, haben gezeigt, dass selbst in Zeiten des Krieges Verhandlungen über die heikelsten Fragen auf der Grundlage einer rationalen Bewertung der Interessen beider Parteien möglich sind, d.h. durch Verfolgung der Realpolitik – anstatt den Emotionen des Augenblicks nachzugeben. [...]

Eine wichtige Massnahme der Deeskalation auf westlicher Seite wäre die Aufgabe der umfassenden Sanktionspolitik, die von vielen in den Zielländern als Kollektivstrafe empfunden wird und die auch in den EU-Mitgliedsstaaten wegen ihres Rückschlageffekts zunehmend unpopulär ist.

Eine weitere wichtige Massnahme wäre die Beendigung des Boykotts von Aktivitäten und Kooperationen in den Bereichen Kultur, Kunst und Wissenschaft, der das Klima unnötig vergiftet und die Kulturdiplomatie völlig unterminiert hat. Die Kultur darf nicht politisiert werden; sie darf nicht zu einem Werkzeug im Arsenal des hybriden Krieges werden. Wenn Staaten in Konflikte verwickelt sind, ist es die Zivilgesellschaft, die Brücken über die Kluft bauen kann. Darin liegt der Wert der Bürgerdiplomatie. Staaten sollten sich nicht in diesen Bereich einmischen.

In erster Linie könnte eine Deeskalation jedoch durch eine Abschwächung der Rhetorik und Propaganda auf allen Seiten erreicht werden. Solange der Konflikt als Kampf zwischen Gut und Böse dargestellt wird, besteht die Gefahr, dass er eine endzeitliche Aura annimmt, die um jeden Preis vermieden werden muss. Wie wir in früheren Epochen der Geschichte gesehen haben, kann eine derartige Kriegshysterie leicht Emotionen auslösen, die schnell ausser Kontrolle geraten können.»

## Grundlagen für sachlich orientiertes und besonnenes Handeln

Das wären in der Tat sehr wichtige Elemente und zugleich Grundlagen für ein sachlich orientiertes und besonnenes Handeln. *Hans Köchler* nennt es *Verantwortungsethik*. Weitere Punkte sind hinzuzudenken: eine wissenschaftliche seriöse Analyse des Krieges, die ohne eine geschichtliche, polit-ökonomische und geopolitische Betrachtung nicht auskommen kann; ein wirkliches Verstehen und Ernstnehmen der Position der Gegenseite. Nicht zuletzt eine ehrliche und ernsthafte Analyse des eigenen Anteils an der Entstehung und am Verlauf des Krieges.

*Vor allem aber: der politische Wille, den Krieg zu beenden.* •

## Grenzen in Europa wurden immer wieder geändert

km. Die Referenden in grossen Teilen von vier ukrainischen Oblasten über einen Beitritt zur Russischen Föderation haben die Schlagzeilen der vergangenen Tage geprägt – bei uns im Westen, aber auch in Russland. Zwei dieser Oblaste, Donezk und Luhansk, waren schon am 22. Februar 2022 von Russland als unabhängige Republiken anerkannt worden.

Die Berichte und Urteile über diese Referenden können unterschiedlicher nicht sein. Für den Westen waren es «Scheinerferenden», die völkerrechtswidrig, undemokratisch und unter Zwang abgehalten wurden. Die westlichen Regierungen haben verkündet, dass sie die Ergebnisse «niemals» anerkennen und neue Sanktionen gegen Russland verhängen werden. Für Russland ist mit den Referenden das Recht auf Selbstbestimmung, das völkerrechtlich garantiert ist, zur Geltung gekommen. Die offiziellen Angaben sprechen von einer enorm hohen Abstimmungsbeteiligung und einer grossen Zustimmung in allen Oblasten. Wahlbeobachter aus anderen Ländern haben geäussert, dass die Abstimmungen weitgehend ordnungsgemäss abgelaufen sind.

Die völkerrechtliche Legitimation und der tatsächliche Ablauf der Referenden können an dieser Stelle nicht abschliessend beurteilt werden. Die vorliegenden Stellungnahmen aus dem Westen wirken allerdings durchweg unsachlich

und sind von einer antirussischen Grundhaltung geprägt. Auf die Fragen, wie es den Menschen in diesen vier Oblasten die vergangenen acht Jahre seit dem gewalttätigen Regierungswechsel in der Ukraine ergangen ist und was die Mehrheit dieser Menschen heute will, finden wir in den westlichen Mainstream-Medien keine überzeugende Antwort.

Die grossmehrheitlich russischsprachige Bevölkerung in allen vier Oblasten wurde in den vergangenen acht Jahren stark diskriminiert, gegen die Menschen in den sich für autonom erklärten Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk wurde massive Gewalt mit mehr als 10000 zivilen Opfern angewendet. Das der Zivilbevölkerung gegenüber rücksichtslose Verhalten der ukrainischen Streitkräfte seit dem 24. Februar 2022 hat viele Menschen in diesen Oblasten noch mehr als bis dahin schon vom Staat Ukraine abgeschreckt. Es ist deshalb nicht abwegig, davon auszugehen, dass tatsächlich eine grosse Mehrheit in allen vier Oblasten für eine Unabhängigkeit von der Ukraine und für eine Integration in die Russische Föderation gestimmt hat. Wie damit umgehen, wenn ganze Landesteile eines Staates von einer Zentralregierung diskriminiert und mit Gewalt überzogen werden? Darauf wird im Westen keine Antwort gegeben. Aber eine solche Antwort wäre ein wesentlicher

Teil einer sachlichen und besonnenen Diskussion.

Es ist eine Tragödie der Geschichte, dass Grenzänderungen ganz selten ohne vorherige massive Gewalt vollzogen werden. Das gilt auch für das Europa des 20. und 21. Jahrhunderts. Diese Grenzänderungen waren zum Teil Ausdruck gewalttätiger Eroberungsgelüste, zu einem anderen Teil aber auch der Tatsache geschuldet, dass der Verbleib in einem Staat nicht mehr zumutbar war. Wo es ihm genehm war – so bei der Auflösung der Sowjetunion und von Jugoslawien – hat der Westen die Grenzveränderungen nicht nur bejaht, sondern auch massiv – auch mit Gewalt – unterstützt. Mit dem Feindbild Russland im Gepäck gilt dies für den Westen allerdings nicht, wenn Menschen mit ihrem Land Bürger Russlands werden wollen.

Ist es in Zeiten des Krieges vollkommen unrealistisch, von den direkt am Krieg Beteiligten Sachlichkeit und Besonnenheit zu fordern? Sehr wahrscheinlich ja. Aber es gibt auch Menschen, die sich ihre eigenen Gedanken machen. Es wäre ein Schritt nach vorne, wenn sich diese Menschen gerade jetzt – wo dies noch möglich ist – auch öffentlich äussern und daran erinnern, dass für die Beendigung des Krieges – will man denn nicht auf den totalen Sieg oder die totale Niederlage setzen – Sachlichkeit und Besonnenheit unverzichtbar sind.

<sup>1</sup> Ein Markstein war die Formulierung der *Wolfowitz-Doktrin* vom 18. Februar 1992; vgl. kurz: [https://de.wikibrief.org/wiki/Wolfowitz\\_Doktrin](https://de.wikibrief.org/wiki/Wolfowitz_Doktrin)

<sup>2</sup> zitiert nach <https://www.anti-spiegel.ru/2022/putins-rede-zur-verkuendung-der-teilmobilisierung-im-o-ton/>; eine autorisierte englische Fassung der Rede findet man unter <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69390>

<sup>3</sup> autorisierte Übersetzung ins Englische: [https://mid.ru/en/foreign\\_policy/news/1830851/](https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1830851/); Übersetzung ins Deutsche. (nicht ganz vollständig): <https://www.anti-spiegel.ru/2022/was-westliche-medien-ueber-lawrows-rede-im-uno-sicherheitsrat-verschweigen/> vom 23.9.2022

<sup>4</sup> Institute for Cultural Diplomacy (Washington/Berlin). «Grave Escalation in the Russia-Ukraine Conflict: from «Grain Diplomacy» to an All-Out-War. 5 Questions to Prof. Dr Hans Köchler», 23. September 2022; <https://i-p-o.org/IPO-nr-RUSSIA-UKRAINE-ESCALATION-Interview-23Sept2022.htm>; Übersetzung aus dem englischen Original



# Die unveränderte Realität des Berg-Karabach-Konflikts

von Ralph Bosshard



(Bild wp)

Ralph Bosshard studierte Allgemeine Geschichte, osteuropäische Geschichte und Militärgeschichte, absolvierte die Militärische Führungsschule der ETH Zürich sowie die Generalstabsausbildung der Schweizer Armee. Im Anschluss daran folgte eine Sprachausbildung in Russisch an der Staatlichen Universität Moskau sowie eine Ausbildung an der Militärakademie des Generalstabs der russischen Armee. Mit der Lage in Osteuropa und Zentralasien ist er aus seiner sechsjährigen Tätigkeit bei der OSZE vertraut, in der er unter anderem als Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz tätig war.

Ob des Kriegs in der Ukraine ging die Eskalation der Lage im Südkaukasus in der Presse etwas vergessen. Es wäre aber fatal, diesen potentiellen Krisenherd aus den Augen zu verlieren, denn besonders die Machthaber in der Region könnten versucht sein, von der aktuellen Lage zu profitieren und quasi im Windschatten des Ukraine-Kriegs ihre eigene Agenda durchzuziehen. Lösen müssen diesen Konflikt aber die verfeimten Unerdogs der Weltpolitik.

In der gegenwärtigen äusserst angespannten internationalen Lage, in der sowohl die Versorgungssicherheit als auch die politische und wirtschaftliche Stabilität Europas bedroht sind, kommt der Konfrontation zwischen Aserbaidschan und Armenien grosse Bedeutung zu. Die Südkaukasusregion stellt einen wichtigen Abschnitt in der Transportroute der kaspischen Energieträger nach Europa dar und hat als Folge des Unterbruchs der Gaslieferungen aus Russland an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang darf die am 18. Juli 2022 zwischen der Europäischen Union und Aserbaidschan unterzeichnete Vereinbarung über eine strategische Partnerschaft im Energiebereich als zentrales Ereignis für die Gewährleistung der Energiesicherheit Europas betrachtet werden: Aserbaidschan und die EU vereinbarten, die Menge des aus Aserbaidschan gelieferten Erdgases in den kommenden Jahren auf 20 Milliarden Kubikmeter jährlich zu verdoppeln. Ein Teil des Gases wird wohl aus Turkmenistan kommen. Europa kann offenbar sehr gut mit Autokraten umgehen, wenn es um kostengünstige Rohstoffe geht. Allerdings profitiert auch Baku von den aktuellen hohen Preisen für Erdgas und Erdöl und wird der EU wohl keine «Freundschaftspreise» anbieten.

## Eskalation seit Mai 2021

Schon im Mai 2021 waren aserbaidschanische Soldaten in den Provinzen Syunik und Gegharkunik mehrere Kilometer weit nach Armenien vorgedrungen. Damals forderten das Europäische Parlament sowie die Vereinigten Staaten und Frankreich – zwei der drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE – Aserbaidschan auf, seine Truppen aus dem international anerkannten armenischen Gebiet zurückzuziehen. Im Juli und im November 2021 kam es zu weiteren Zusammenstössen, die als bisher schwerster Verstoss gegen das Waffenstillstandsabkommen von Berg-Karabach aus dem Jahr 2020<sup>1</sup> zu werten sind.

Am Abend des 12. September dieses Jahres berichtete das armenische Verteidigungsministerium, dass die aserbaidschanische Armee die Ortschaften Goris, Artanish, Sotk, Jermuk, Kapan und Ishkhanasar mit Artillerie und schweren Waffen beschiesse und lokale Vorstösse unternommen habe. Das aserbaidschanische Verteidigungsministerium beschuldigte seinerseits Armenien, in den Regionen Dashkasan, Kalbajar und Lachin «gross angelegte Provokationen» begangen und Minen



1 Goris – 2 Artanish – 3 Sotk – 4 Jermuk – 5 Kapan – 6 Ishkhanasar – 7 Dashkasan – 8 Kalbajar – 9 Lachin – 10 Zangezur-Korridor (Karte zf)

entlang der Versorgungsstrassen der aserbaidschanischen Armee gelegt zu haben.<sup>2</sup> Ein von Russland am 13. September vermittelter Waffenstillstand wurde offenbar nur Minuten nach seinem Inkrafttreten gebrochen.<sup>3</sup>

Am 14. September erklärte der armenische Premierminister *Nikol Pashinyan*, dass Aserbaidschan die Kontrolle über bestimmte Gebiete auf armenischem Gebiet übernommen habe, worauf Armenien zum ersten Mal in der armenischen Geschichte Artikel 4 des Vertrags über kollektive Sicherheit in Anspruch genommen habe. Armenien ist Mitglied der von Russland geführten *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS, engl. CSTO), deren Mitglieder sich verpflichtet haben, einander im Falle einer militärischen Aggression beizustehen.<sup>4</sup> Offenbar kam Baku zur Erkenntnis, dass die OVKS handlungsfähig ist, auch wenn Russland derzeit im Krieg in der Ukraine gebunden ist, denn am 16. September teilte der aserbaidschanische Präsident *Ilham Alijew* seinem russischen Amtskollegen *Putin* mit, dass die Lage stabil sei.<sup>5</sup> Nach Angaben eines armenischen Abgeordneten hat Armenien seither die Kontrolle über sechs zuvor verlorene Stellungen an der Grenze zurückgewonnen.<sup>6</sup> Teile armenischen Territoriums sind und bleiben aber von aserbaidschanischen Truppen besetzt.

## Unverrückbare Verhandlungspositionen

Trotz der positiven Dynamik im Prozess der Normalisierung der armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen im vergangenen Jahr kam die jüngste Eskalation nicht überraschend: In einer Reihe von Schlüsselfragen vertreten Aserbaidschan und Armenien nach wie vor diametral entgegengesetzte Positionen. Insbesondere die Forderung Baku nach der Eröffnung des Zangezur-Korridors durch den Süden Armeniens zwischen dem aserbaidschanischen Kernland und der Autonomen Republik Nakhitschewan erwies sich als Stein des Anstosses. Ohne eine baldige Öffnung des Zangezur-Korridors werde es schwierig sein, von Frieden zu sprechen, hatte der aserbaidschanische Präsident *Ilham Aliyew* schon im Juni 2022 auf dem *Global Baku Forum* in Baku erklärt.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang sind schon territoriale Forderungen an Armenien in der Luft.<sup>8</sup>

Auch nach dem 44tägigen Krieg im Herbst 2020 bleiben Fragen wie der Status der Republik Berg-Karabach, die sich selbst als Artsakh bezeichnet, und die militärische Un-

terstützung von Artsakh durch Armenien weiterhin unregelt.

## Vermittlungsversuche des Westens

Derzeit ist der Waffenstillstand an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze bröcklig. Baku glaubt, aus einer Position der Stärke agieren zu können, und lehnt eine Vermittlungsmission der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* OSZE offenbar ab. Die Tatsache, dass armenische Soldaten nach wie vor wegen angeblicher Kriegsverbrechen in Aserbaidschan festgehalten werden, trägt zum gegenseitigen Misstrauen bei, ebenso wie ungelöste Fragen der Erhaltung religiöser, historischer und kultureller Denkmäler in Berg-Karabach, die nun auf aserbaidschanisch kontrolliertem Territorium liegen.<sup>9</sup> Seit November 2020 schützen russische Soldaten das Kloster Dadivank im Tal des Terter, das durch einen Schüler des Apostels *Judas Thaddäus* im ersten nachchristlichen Jahrhundert gegründet worden sein soll.<sup>10</sup>

Die aserbaidschanische Regierung hofft möglicherweise auf einen Sturz der Regierung *Pashinyan* und ist folglich zu keinen Zugeständnissen bereit. Auf der anderen Seite wird in dieser Atmosphäre jedes Zugeständnis Eriwans als Einknicken der Regierung *Pashinyan* interpretiert werden. Baku aber ist sich der Unterstützung der Türkei sicher und will eventuell aufs Ganze gehen, nachdem der türkische Spitzenpolitiker und *Erdogan*-Verbündete *Mustafa Destici* am 15. September gedroht hatte, Armenien und das armenische Volk vom Angesicht der Erde zu tilgen:

«Wir sagen der armenischen Regierung: Kommen Sie zur Vernunft: Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass die türkische Nation in der Lage ist, Armenien aus der Geschichte und der Geographie auszulöschen, und dass sie an der Grenze ihrer Geduld steht.»<sup>11</sup>

Die politische Führung in Baku könnte den Abschluss des Liefervertrages mit der EU als insgeheime Duldung eines harten Kurzes gegenüber Eriwan interpretiert haben.<sup>12</sup> Umgekehrt mag dieser Vertragsabschluss in Eriwan gewisse Zweifel an der Unvoreingenommenheit Brüssels erzeugt haben. Schon argwöhnen armenische Intellektuelle, die sogenannte westliche Wertegemeinschaft wolle Armenien auf dem Altar ihrer Energie-Interessen opfern.<sup>13</sup> Da wirken die Solidaritätsbekundungen westlicher Spitzenpolitiker an die Adresse des armenischen Volks etwas schwach, ebenso wie der Besuch von

*Nancy Pelosi* in Eriwan.<sup>14</sup> Aus armenischer Sicht mag dieser in erster Linie aus Rücksicht auf die einflussreiche armenische Diaspora in den USA erfolgt sein. Aus russischer Sicht mag *Pelosi* vor allem geopolitische Ziele verfolgt haben.

## Schwacher Westen

Aber die Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegen ohnehin nicht mehr in Brüssel, Washington oder Paris. Der Westen hat sich mit seiner antirussischen Politik zu stark eingeschränkt und sich zu sehr in Abhängigkeit von Aserbaidschan begeben, als dass er unabhängig handeln könnte.

Ohne Sicherheitsgarantien für seine territoriale Integrität und die Sicherheit seiner Bevölkerung wird Armenien keinen Transitkorridor durch den Süden des Landes gewähren, den gegebenenfalls auch aserbaidschanische Militärtransporte nutzen können. Nur schon hierfür wird die Regierung *Pashinyan* viel Überzeugungsarbeit im eigenen Land leisten müssen, denn die Angst in Armenien ist gross, und die Front der Hardliner ist stark. Nach Lage der Dinge kann eine Sicherheitsgarantie für Armenien nur von den Mitgliedsländern der OVKS kommen. Ob die OVKS-Mitgliedsländer dazu in der Lage sind, ist derzeit nicht klar. Zu solchen Garantien müssten dann Massnahmen zur Transparenz militärischer Aktivitäten im Raum Südkaukasus kommen.

Damit aber eine Verhandlungslösung überhaupt erst möglich wird, muss Ankara all jene bremsen, die momentan eine militärische Lösung anstreben. Aserbaidschan und die Türkei sind beide an weiteren Transitkorridoren in Richtung Zentralasien interessiert. Auch hierbei könnten die zentralasiatischen Länder behilflich sein. Und auch die Haltung des Iran wird von Bedeutung sein, denn er wird keine Aktivitäten an seiner Nordgrenze zulassen, aus denen ihm Gefahr erwachsen könnte. Bei all dem gilt es, eine Einmischung Israels, Saudi-Arabiens, Pakistans und anderer zu verhindern, denn das würde die Situation unendlich komplizierter gestalten. Die Unerdogs der Weltpolitik müssen jetzt dafür sorgen, dass der Südkaukasus nicht zum erweiterten Schlachtfeld des Nahen Ostens wird.

<sup>1</sup> siehe *Eurasianet*, 17.11.2021: «As Azerbaijan pushes advantage against Armenia, Russia's role again under scrutiny», online unter <https://eurasianet.org/as-azerbaijan-pushes-advantage-against-armenia-russia-role-again-under-scrutiny>; Kucera, Joshua. Armenia and Azerbaijan in new border crisis, bei *Eurasianet*, 14.05.2021; European Parliament resolution on prisoners of war in the aftermath of the most recent conflict between Armenia and Azerbaijan (2021/2693(RSP)), European Parliament, 19.5.2021, online unter [https://web.archive.org/web/20210526023348/https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2021-0277\\_EN.html](https://web.archive.org/web/20210526023348/https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2021-0277_EN.html); *Emanuel Macron*: «Azerbaijani armed forces have crossed into Armenian territory. They must withdraw immediately. I say again to the Armenian people: France stands with you in solidarity and will continue to do so», auf *Twitter*, 12.5.2021, online unter <https://twitter.com/EmmanuelMacron/status/1392965873187659778>; *Presseerklärung* des US-Department of State: Press Briefing – May 14, 2021, online unter <https://www.state.gov/briefings/department-press-briefing-may-14-2021/>; Vgl. *Aze.media*, 13.09.2022: Azerbaijan secures control of strategic heights, online unter <https://aze.media/azerbaijan-secures-control-of-strategic-heights/>

<sup>2</sup> siehe Homepage des aserbaidschanischen Verteidigungsministeriums: <https://mod.gov.az/en/news/armenian-armed-forces-committed-large-scale-provocations-in-dashkasan-kalbajar-and-lachin-directions-42330.html>. Vgl. Aufruf an die internationale Gemeinschaft: zur aktuellen Lage in Armenien bei *Pressenza*, 20.09.2022, online unter <https://www.pressenza.com/de/2022/09/auf-ruf-an-die-internationale-gemeinschaft-zur-aktuellen-lage-in-armenien/>

<sup>3</sup> siehe Wang, Philip; Kaufman, Ellie; Chernova, Anna; Subramaniam, Tara. «Russia claims ceasefire reached between Armenia and Azerbaijan after fighting erupts along border», *CNN* vom 13.9.2022, online unter <https://edition.cnn.com/2022/09/13/middleeast/azerbaijan-armenia-artillery-strikes-intl-hnk/index.html> und *Reuters* vom 13.9.2022: «Azerbaijan and Armenia ceasefire fails within minutes – media», <https://www.reuters.com/world/azerbaijan-armenia-ceasefire-fails-within-minutes-media-2022-09-13/>. Vgl. *Мария Шустрова*: Армения и Азербайджан договорились о перемирии, bei *gazeta.ru*, 15.09.2022, online unter <https://www.gazeta.ru/army/2022/09/15/15454957.shtml>

<sup>4</sup> siehe *AP News* vom 15.9.2022: «Armenian security official says that Armenia and Azerbaijan have agreed on a cease-fire to end two days of fighting», online



# «Menschenhandel ist grausam – Schweigen auch!»

ep. Würde man sich in einer Umfrage erkundigen, ob es heute in der Schweiz noch Sklaverei gibt, wäre die Antwort wohl in den meisten Fällen ein Nein. Dieser Meinung setzten an der Medienorientierung am Donnerstag, dem 22. September, in Bern die Initiatoren der Kampagne «Gegen Menschenhandel» Fakten entgegen.

## Sklavinnen und Sklaven des 21. Jahrhunderts

Es geht um Arbeitsausbeutung, Organhandel, missbräuchliche Adoptionen, Zwangsheirat und sexuelle Ausbeutung. Sie gehören leider zu den gesellschaftlichen Tatsachen in der Schweiz (und in Europa), an denen niemand mehr vorbeischaun und dazu schweigen darf. Das zeigten eindringlich die Ausführungen von Manfred Paulus, Erster Kriminalhauptkommissar a.D. und Träger des Bundesverdienstkreuzes für 40 Jahre Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. Er leitete während 25 Jahren eine kriminalpolizeiliche Dienststelle, wo er verantwortlich für die Bekämpfung von Rotlichtkriminalität war. Zudem ist er seit 20 Jahren in der Präventionsarbeit in Ost- und Südeuropa tätig, eine äusserst wichtige Arbeit, um menschlichem Leid vorzubeugen. Nach wie vor arbeitet er als Lehrbeauftragter an Aus- und Weiterbildungsstätten in Deutschland. Deshalb konnte Paulus als profunder Kenner die Problematik der Prostituierten darstellen. Zu Recht spricht er von Sexsklavinnen, denn der allergrösste Teil von ihnen arbeitet nicht freiwillig in diesem Bereich. In der Schweiz kann man davon ausgehen, dass mehr als 95 % der Betroffenen aus Osteuropa, Vietnam, Nigeria und zunehmend auch aus China stammen. Viele von ihnen wollten ihrer von Armut und Perspektivlosigkeit gezeichneten Lebenssituation entfliehen und wurden mit falschen Versprechungen aus ihrer Heimat weglockt. Zunehmend wird dabei die Methode «Loveboy» eingesetzt, bei der Männer den jungen Frauen Zuneigung, Liebe vorspielen. Sie geben sogar vor, eine Beschützerrolle zu übernehmen, und gaukeln ihnen eine goldene Zukunft vor. Zu diesem manipulativen Vorgehen gehören das systematische Herauslösen aus dem bisherigen Beziehungsnetz und die leise, jedoch stetige Erhöhung des psychischen Drucks auf die Mädchen und Frauen. Das zieht bei den Opfern eine tiefe Verunsicherung und Irritation nach sich. Oft merken sie gar nicht oder erst zu spät, dass sie in eine Falle geraten sind. So können die Täter ihre Macht ausnutzen, die Betroffenen mit zunehmender psychischer und auch physischer Gewalt gefügig zu machen, bis sie diese dort haben, wo man sie haben will: im Bordell. Die als «Ware Frau» Gehandelten weisen nahezu alle typische Opfereigenschaften auf. Sie kommen aus bitterer Armut, sehen für sich keine Zukunftsperspek-

Laut Staatssekretariat für Migration (SEM) werden mittels Asylbefragungen im Jahr durchschnittlich 70 Menschenhandelsoffer in der Schweiz identifiziert, meistens Frauen aus Nigeria oder Eritrea. Allein aus Nigeria gelangen 10 000 Frauen jährlich nach Europa, über 80 Prozent davon landen in der Zwangsprostitution, schätzt die Internationale Organisation für Migration (IOM).



Ueli Haldimann, Marianne Streiff, Manfred Paulus, Markus Baumgartner (v. li.) an der Medienkonferenz vom 22.9.2022 in Bern. (Bild ef)

«Sie gelten als die Sklavinnen und Sklaven des 21. Jahrhunderts. Menschenhandel und Sexsklaverei sind in Verbindung mit dem illegalen Drogenhandel schon heute das bedeutsamste Geschäftsfeld der Organisierten Kriminalität in Europa.» (Manfred Paulus)

«Es geht nicht nur um die brutale Ausbeutung und Zerstörung von Frauen und Kindern und um zahllose Einzelschicksale. Es geht auch um den Erhalt elementarer Werte, um Menschenrechte und um Menschenwürde, um den Erhalt von Rechtsstaatlichkeit und um Glaubwürdigkeit.» (Manfred Paulus)

tiven, stammen meist aus schwierigen familiären und sozialen Verhältnissen, verfügen über wenig Bildung und sind anfällig dafür, verführt zu werden. Das wird von den Menschenhändlern schamlos ausgenutzt. Allein in Moldawien zum Beispiel existieren über 200 nicht lizenzierte «Agenturen», die sich diesem kriminellen Geschäft verschrieben haben. Die drei Phasen der Anwerbung, Schleusung und Ausbeutung sind verbunden mit Lügen, List und Gewalt. Letztlich enden die Opfer als Gefangene einer Subkultur, aus der sie sich aus eigenen Kräften kaum noch befreien können. «Sie tun es doch freiwillig.» «Sie haben es hier doch besser als zu Hause.» Diese oft gehörten Behauptungen – man könnte auch sagen: Wunschargumente der Legalisierungslobby – entlarvt Manfred Paulus mit seinen Ausführungen als realitätsfremd. Deshalb sei es auch ein verhängnisvoller Irrweg, Prostitution als Berufsgattung anzuerkennen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu kämpfen. Falsch, betonte Manfred Paulus, denn durch die Legalisierung der Prostitution würde der bis anhin immerhin noch vorhandene gesetzliche Schutz wegfallen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das sogenannte schwedische oder nordische Modell, das Prostitution verbietet bzw. den Freier büsst, der sexuelle Angebote sucht und kaufen will. Mit diesem Schritt wurde in Schweden eine gesellschaftliche Um- besinnung eingeleitet, und Prostitution wird

«In seinem jüngsten Bericht stellt das fedpol fest, dass die Kantone in der Bekämpfung des Menschenhandels die Arbeitsausbeutung zu wenig berücksichtigen, und ortet dort erhöhten Handlungsbedarf. Es empfiehlt nun auch einen eigenen Straftatbestand für Arbeitsausbeutung, um diese endlich effektiver ahnden zu können.» (Marianne Streiff)

«Menschenhandel ist ein abscheuliches Verbrechen, mit dem die Trägerorganisationen in ihrer Arbeit konfrontiert werden. Die Opfer sind in einer äusserst schlimmen Lage und brauchen dringend Hilfe.» (Ueli Haldimann)

heute gesellschaftlich geächtet. Interessanterweise sei seither auch die Organisierte Kriminalität auf dem Rückzug, weil ihr ein wichtiges Geschäftsfeld entzogen wurde.

## Erhöhter Handlungsbedarf für Bund und Kantone

Für die Schweiz stehen also wichtige Schritte an, denn «Menschenhandel ist grausam – Schweigen auch!», so der berechtigte Name der von zehn Organisationen gestarteten Kampagne. Wie viele Opfer von Menschenhandel genau in der Schweiz leben, ist nicht bekannt. Laut einer Schätzung des Beobachters müsse von rund 5000 Personen ausgegangen werden, verbunden mit einer hohen Dunkelziffer. Die meisten Opfer sind im Sexgewerbe zu finden, Sexsklavinnen eben. Nur etwa fünf Prozent der Prostituierten in der Schweiz kommen aus dem Inland. Der weitaus grösste Teil wird – meist unter falschen Versprechungen oder auch mit Gewalt – aus Moldawien, Rumänien oder Bulgarien, den Armutsländern Osteuropas, sowie aus Afrika oder Asien rekrutiert. Seit einigen Jahren werden aber auch Opfer von Menschenhandel im Gastgewerbe, auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder in privaten Haushalten verortet. Leider werden bis anhin nur wenig Personen wegen Menschenhandels verurteilt – in der Schweiz zum Beispiel waren es zwischen 2010 und 2020 gerade mal zwischen vier und 21, obwohl allein die Fachstelle

Wie viele Sklaven gibt es weltweit? Schätzungen reichen von 20 bis 46 Millionen. Die Uno schätzt die Anzahl Opfer auf 27 Millionen, der Global Slavery Index sowie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auf über 40 Millionen. Die Differenzen ergeben sich auf Grund unterschiedlicher Schätzmethoden und Definitionen. Anders als die Uno betrachten der Global Slavery Index und die ILO auch Kindersoldaten, Kinderbräute und Opfer anderer Zwangsehen als Sklaven. Praktisch alle Quellen bestätigen, dass 70 bis 80 Prozent der Opfer Frauen und Kinder sind.

für Frauenhandel und Frauenmigration Zürich (FIZ) in einem Jahr (2020) mehr als 300 Opfer von Menschenhandel betreute. Zudem muss von einer ausgesprochen hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Nach wie vor fehlen die nötigen Ressourcen, um wirksam Gegensteuer zu geben oder Betroffenen zu helfen, die aus ihrer furchtbaren Situation aussteigen möchten. Hier leistet Marianne Streiff, Nationalrätin EVP, seit Jahren vorbildliche Arbeit und hat schon mehrere Vorstösse im Parlament lanciert. Der Nationalrat hat bereits 2019 und 2020 zwei EVP-Motionen für mehr Ressourcen für den Kampf gegen den Menschenhandel sowie für einen eigenen Straftatbestand der Arbeitsausbeutung an den Ständerat überwiesen. Am Tag der Medienkonferenz reichte sie eine weitere Motion ein, mit der Ausstiegsprogramme aus der Prostitution gefördert werden sollen, denn «80 bis 90 Prozent der Menschen in der Prostitution würden sofort aus dem Sexgewerbe aussteigen, wenn sie eine Alternative dazu hätten», wie Marianne Streiff in der Begründung ihrer Motion festhält. Sie zeigt deutlich, dass es nicht angeht, die Augen vor Menschenhandel und Ausbeutung zu verschliessen. Gerade die Schweiz hätte durch ihre direkte Demokratie viele Möglichkeiten, die ausgeschöpft werden müssen. Nebst den gesetzlichen Massnahmen auf Bundesebene sind nun auch speziell die Kantone gefordert.

## Opfer brauchen dringend Hilfe

Schliesslich legte Kampagnenleiter Ueli Haldimann von der Christlichen Ostmission die Gründe, Ziele und Elemente der Kampagne gegen den Menschenhandel in der Schweiz dar. Die Kampagne umfasst Medienmitteilungen, TV-Clips auf SRF1 und SRF2 sowie verschiedenen Regionalsendern, E-Boards an acht Bahnhöfen, einen eigens produzierten Song sowie eine Kundgebung auf dem Bundesplatz, die am 24. September stattgefunden hat und von vielen weiteren Organisationen unterstützt wurde. Damit wird grundlegende Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet. Weiteres Schweigen kann nicht mit Unwissen entschuldigt werden. Diese Elemente der Kampagne spiegeln das in der Medienkonferenz spürbare grosse Engagement der Organisationen, welche die Kampagne gegen Menschenhandel tragen. Eine Betroffenheit, die nun in der ganzen Schweiz einen Impuls auslösen müsste, diesem menschenverachtenden «Geschäftsfeld» den Boden entziehen müsste, was – so Manfred Paulus – nur durch ein gesellschaftliches Umdenken und eine Annäherung an das nordische Modell realisierbar ist.

## «Die unveränderte Realität des ...»

Fortsetzung von Seite 5

- unter <https://apnews.com/article/ap-news-alert-azerbaijan-armenia-19401191b9f5d7eac2ffa66c819fb292> und Demourian, Avet. «Armenia, Azerbaijan agree on cease-fire to end fighting», AP News vom 15.9.2022, online unter <https://apnews.com/article/russia-ukraine-azerbaijan-armenia-government-and-politics-bbf809ad3d368fa9c5c497a2d79e22d6>
- <sup>5</sup> siehe Daily Sabah vom 16.05.2022. «Azerbaijan-Armenia violence stabilized, Aliyev tells Putin», online unter <https://www.dailysabah.com/politics/diplomacy/azerbaijan-armenia-violence-stabilized-aliyev-tells-putin>
- <sup>6</sup> siehe Panorama vom 16.9.2022: «Armenian forces recaptured six positions, senior MP says», online unter <https://www.panorama.am/en/news/2022/09/16/recapture-positions/2730914>
- <sup>7</sup> siehe Homepage der aserbaidjanischen Präsidentschaftsadministration vom 16.6.2022. «Ilham Aliyev attended the opening of the IX Global Baku Forum», online unter <https://president.az/en/articles/view/56442>
- <sup>8</sup> vgl. Eurasianet vom 22.9.2022. «The rise and fall of Azerbaijan's Goycha-Zangazur Republic», online

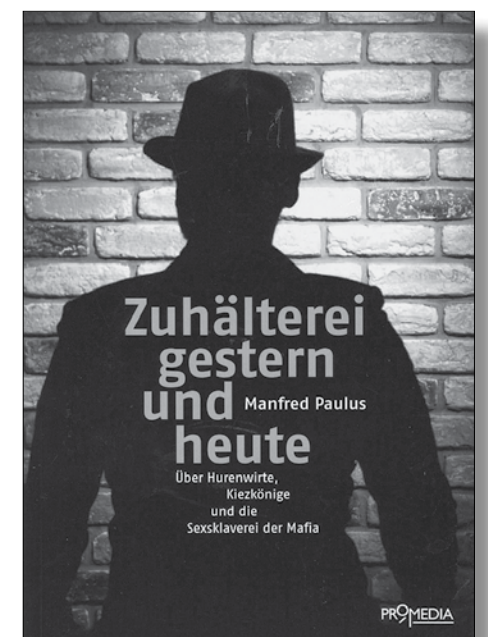
unter <https://eurasianet.org/the-rise-and-fall-of-azerbaijans-goycha-zangazur-republic>

- <sup>9</sup> siehe David Nutt. «Report shows near-total erasure of Armenian heritage sites», Cornell Chronicle vom 12.9.2022, online unter <https://news.cornell.edu/stories/2022/09/report-shows-near-total-erasure-armenian-heritage-sites>
- <sup>10</sup> siehe «Dadivank», online unter [http://www.raa.am/Dadivank/Dadivank\\_E\\_1.htm](http://www.raa.am/Dadivank/Dadivank_E_1.htm) und Regnum. «В старинном монастыре Нагорного Карабаха обнаружены мощи одного из учеников Иисуса Христа», online unter <https://regnum.ru/news/863083.html>
- <sup>11</sup> siehe sein Twitter-Eintrag (übersetzt aus dem Türkischen) unter [https://twitter.com/Mustafa\\_Destici/status/1570379659476619265](https://twitter.com/Mustafa_Destici/status/1570379659476619265). Prompt lösten einige NGOs Genozid-Alarm aus, u. a. Nat Hill am 23.9.2022. «Genocide Warning: Azerbaijan and Nagorno-Karabakh», genocidewatch online unter <https://www.genocidewatch.com/single-post/genocide-warning-azerbaijan-and-nagorno-karabakh-september-2022>
- <sup>12</sup> vgl. Hovhannes Gevorgian. «Der Gas-Deal mit Aserbaidjan ist eine politische Bankrotterklärung», Ja-

cobin vom 30.9.2022, online unter <https://jacobin.de/artikel/der-gas-deal-mit-aserbaidjan-ist-eine-politische-bankrotterklaerung-armenien-gasliefderung-eu-von-der-leyen-putin-alijew-Hovhannes-Gevorgian/>

<sup>13</sup> siehe Garden of the Righteous worldwide: EVERYTHING INDICATES THAT BRUSSELS IS READY TO SACRIFICE ARMENIA ON THE ALTAR OF ITS ENERGY INTERESTS, 28.9.2022, online unter <https://en.gariwo.net/texts-and-contexts/genocide-prevention/everything-indicates-that-brussels-is-ready-to-sacrifice-armenia-on-the-altar-of-its-energy-interests-25339.html>

<sup>14</sup> siehe Reuters vom 18.9.2022. «Pelosi condemns Azerbaijan's attacks on Armenia», online unter <https://www.reuters.com/world/pelosi-condemns-illegal-attacks-by-azerbaijan-armenia-2022-09-18/> und Ashley Capoot. «Speaker Pelosi strongly condemns 'illegal and deadly attacks by Azerbaijan during visit to Armenia», CNBC vom 18.9.2022, online unter <https://www.reuters.com/world/pelosi-condemns-illegal-attacks-by-azerbaijan-armenia-2022-09-18/>



ISBN 978-3-85371-500-0



# Deglobalisierung als Ausweg

## Zum Buch von Peter Mattmann-Allamand

von Dr. iur. Marianne Wüthrich



Mit seinem 2021 erschienenen Buch «Deglobalisierung. Ein ökologisch-demokratischer Ausweg aus der Krise» legt uns Peter Mattmann-Allamand eine beeindruckende Zusammenschau der reichhaltigen politischen und philosophischen Erkenntnisse vor, die er seit seiner Studentenzeit in den 68ern entwickelt hat. Auf diesem Fundament lässt er den Leser teilnehmen an der Geschichte der Globalisierung und schlägt schliesslich einen möglichen Weg für das dem Menschen gemässe Zusammenleben in unserer Welt vor, mit einer Wirtschaft, die für die Menschen da ist und gleichzeitig unsere Verantwortung für die Umwelt miteinbezieht. Für Mattmann als politisch aktiver Schweizer ist es naheliegend, dass er eine kleinräumige Wirtschaft und die direkt-demokratische Kontrolle als wirksamstes Gegenmittel gegen die Macht globaler Konzerne und Institutionen anerkennt. Eindrücklich legt der Autor auch die Geschichte seiner eigenen Entwicklung zum Politiker und zum eigenständigen denkenden Mitmenschen dar.

In den drei Hauptkapiteln, «Präglobalisierung», «Globalisierung» und «Deglobalisierung», erhalten jüngere Leser einen Einblick in die Zeitgeschichte der letzten Jahrzehnte, bei älteren Jahrgängen werden zahlreiche Erinnerungen wachgerufen: Ein wertvolles Zeitdokument mit einer Fülle von Themen und Theorien, die sich nicht auf eine Zusammenfassung reduzieren lassen. Statt dessen sollen hier einige Kerngedanken herausgegriffen werden, die vielleicht den einen oder anderen Leser «gluschtig» machen, das ganze Werk zu lesen. Alle hier angesprochenen Aspekte werden im Buch mit viel Hintergrundwissen, mit verschiedensten Theorien, von Marx bis Brzezinski, von Hegel bis zur Entwicklungspsychologie, und mit tiefgreifender inhaltlicher Auseinandersetzung des Autors bereichert.

### «Politik ist nicht mit Gurkensalat zu machen. Sie bedarf eines Rechtsstaates»

Im Kapitel «Präglobalisierung» berichtet Peter Mattmann von seinem eigenen Erleben der 68er Bewegung in der Schweiz und ordnet das damalige Geschehen aus heutiger Warte ein. 1968 machte er in der Stiftsschule Einsiedeln die Matura und begann an der Universität Fribourg sein Medizinstudium. Dort kam er mit Gruppen der entstehenden 68er Bewegung in Kontakt und fand auch Leute, «die friedenspolitisch aktiv waren und mein pazifistisches Grundgefühl in Worte fassten». Ihm war klar, dass er und die meisten seiner Studienkollegen «die privilegierten Kinder» der Nachkriegszeit waren, denen alle Wege offenstanden: «Aus der Perspektive meiner persönlichen Biographie sehe ich die 68er Bewegung nicht als Rebellion gegen unerträgliche Zustände. Sie war ein Produkt des mit dem Nachkriegswohlstand verbundenen gesellschaftlichen Wandels.» Auch für sich selbst sah er keinen Grund zur Unzufriedenheit: «Das katholische Milieu meiner Kinderzeit war stabil, gab Halt und Sicherheit und war bereits so offen, dass es das Leben nicht ersticke und auf erfreuliche Zukunftsperspektiven verwies.» Die umfassende Bildung und die aufgeschlossenen Lehrer, die er in der Klosterschule Einsiedeln erleben durfte, gaben ihm ein zweites Fundament für sein Leben (S. 93).

1971 zog Peter Mattmann nach Basel, um sein Medizinstudium abzuschliessen. Dort hatte die Neue Linke einen politischen Hintergrund, viele stammten aus der Arbeiterbewegung und wollten sich aktiv in die Politik einbringen. In der direktdemokratischen Schweiz war und ist dies möglich. Gegen gewalttätige

Gruppierungen grenzte sich der Autor dagegen von Anfang an mit Entschiedenheit ab: «Gewalttätigkeit und Terrorismus sind [...] unpolitisch», sie «bringen den politischen Prozess zum Stillstand». Dies gelte für die RAF und die «Sponti-Szene, der Joschka Fischer angehörte», aber auch für gewisse Schweizer Gruppen, die den Slogan «Macht aus dem Staat Gurkensalat» propagierten: «Politik ist nicht mit Gurkensalat zu machen. Sie bedarf eines Rechtsstaates» (S. 109). Mattmann ergänzt aus heutiger Sicht: «Bedenklich ist, dass die Medien und viele Exponenten der Linken den unpolitischen oder antipolitischen Zug des «schwarzen Blockes» nicht erkennen und dessen Gewalttätigkeiten verharmlosen, weil sie die Bewegung im weitesten Sinne zur politischen Linken rechnen.» (S. 109)

### POCH und die Grünen – Plädoyer für ein Bündnis «jenseits von links» und «rechts»

1973 gründete Peter Mattmann mit Gleichgesinnten die POCH (Progressive Organisationen Schweiz) des Kantons Luzern – die auch in mehreren anderen Kantonen entstanden – und wurde zuerst in das Stadtparlament und dann mit vier anderen zusammen in den Kantonsrat gewählt. Dort mischten sie die altherwürdige Politiker-Kaste gehörig auf (S. 114) und wurden «zu einer Partei der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre». Anti-AKW-Bewegung, Frauen-, Friedensbewegung, Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung gehörten dazu, aber auch Themen wie Stadt- und Wohnraumzerstörung oder alternative Lebensformen, die sie im Kantonsrat einbrachten und in politische Projekte umsetzten (S. 118). In der ersten Hälfte der 1980er Jahre entstand aus verschiedenen kantonalen Gruppen der Ökologie-Bewegung die Grüne Partei Schweiz (GPS), der sich auch viele Exponenten der POCH anschlossen.

Bemerkenswert ist, dass Peter Mattmann schon im damaligen Richtungskampf zwischen «linken» und «gemässigten» Gruppen dafür plädierte, die Energie nicht für die gegenseitige Abgrenzung und Konkurrenzierung verpuffen zu lassen, sondern aus dem «Links-Rechts-Schema» auszusteigen, um eine «breite Diskussion über grüne Politik» zu ermöglichen (S. 119). Diese persönliche Stärke Mattmanns, sich unabhängig vom Parteibüchlein mit anderen politischen Kräften im Land zusammenzutun, das heisst, sich für eine Sache um der Sache willen einzusetzen, hat er auch bei späteren politischen Aktionen durchgehalten – und sich dafür einige grobe Angriffe unter der Gürtellinie eingehandelt. Im Schlusswort seines Buches greift er diesen Faden für die heutige und die künftige Zeit wieder auf. Ein antiglobalistisches Bündnis, so der Autor, «kann nur erfolgreich sein, wenn die Partner sich gegenseitig respektieren. [...] Das Klima der Polarisierung und des unversöhnlichen Kampfes verhindert einen demokratisch legitimierten Ausweg aus der heutigen Krise.» Und er fügt hinzu: ««Linke» und «Rechte» tragen, indem sie einander statt die Globalisierung bekämpfen, zu deren Dominanz bei.» (S. 257f.)

### Globalisierung: «Die Chance, die sich 1989 bot, blieb ungenutzt»

«Die «Wende» 1989 ebnete der Globalisierung den Weg», stellt der Autor zu Beginn seines zweiten Kapitels fest und bemerkt, dass die Entwicklung der letzten 30 Jahre in diese fatale Richtung nicht unausweichlich gewesen sei. Vielmehr hätten die in der Uno miteinander verbundenen Nationalstaaten das «Wegfallen der Systemkonkurrenz» auch positiv nutzen können: «Militärische Abrüstung, friedliche Konfliktlösungen, Entwicklung einer ökologisch verträglichen, ressourcenschonenden Wirtschaft und Technologie, Beseitigung von Armut und Hunger, gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.» (S. 126f.)

«Die Chance, die sich 1989 bot, blieb ungenutzt», schreibt Peter Mattmann bedauernd. Und er benennt Ross und Reiter: «Die Kapitulation des Sozialismus eröffnete den längst transnational operierenden Konzernen eine noch nie dagewesene Perspektive: Zum ersten Mal in der Geschichte zeichnete sich die realistische Chance einer wirklich globalen, d.h. weltweiten Expansion ab» (S. 127). Und weiter: «Die machtpolitische Strategie hinter der

Globalisierung ist die unipolare Welt, die sich um die USA und die ehemaligen europäischen Kolonialmächte als Herrschafts-, Wirtschafts- und Kulturzentren gruppiert und die alle anderen Länder an die Peripherie, in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit drängt. Sie bedroht und zerstört mannigfaltige regionale Kulturen und Systeme der Lebensbewältigung, Ökologiesysteme, philosophische und religiöse Traditionen und ersetzt sie durch globale Strukturen der Abhängigkeit und Ausbeutung. Vielen Ländern zwingt sie Krieg auf.» Dabei charakterisiert Mattmann die Globalisierung der letzten 30 Jahre nur als «qualitativen Sprung», der sich nahtlos an die koloniale und neokoloniale Vorherrschaft anschliesst (S. 131).

Den einflussreichen US-Strategen Milton Friedman (S. 127f.) und besonders Zbigniew Brzezinski (S. 132ff.) weist der Autor den gebührenden Platz in dieser für die Welt verhängnisvollen Entwicklung zu und schildert glasklar die Umsetzung der neoimperialistischen Politik der USA und ihrer Vasallen nach dem Kalten Krieg, vor allem deren schreckliche Kriege, beginnend mit dem Kosovo-Krieg 1999 (S. 138–154).

### Linke und Grüne verkennen die Institutionen der Globalisierung: EU, Nato, Uno

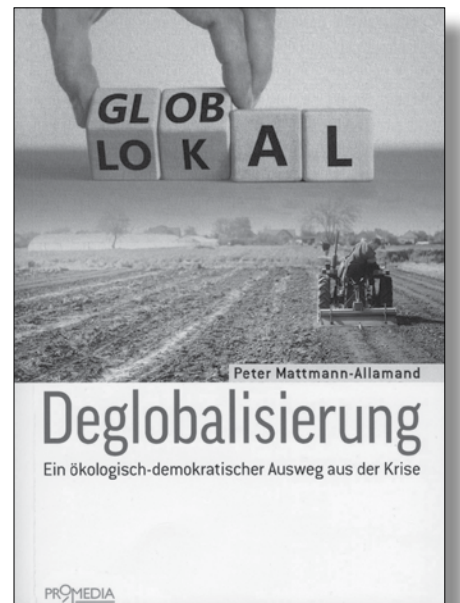
Mitte der 1990er Jahre trennte sich der Weg Peter Mattmanns von den Grünen. Er erklärt dies mit den Scheuklappen linker Politik: «Linke und Grüne haben die Fähigkeit verloren, Machtprozesse und Ideologien kritisch zu hinterfragen. Darum verkennen sie die Institutionen der Globalisierung: EU, Nato, Uno. [Später nennt Mattmann auch die WTO.] Diese traten seit Mitte der 1980er Jahre immer unverfrorener in den Dienst der Strategie globaler Vorherrschaft. Viele Linke gebärden sich als lautstarke Globalisierungsgegner. Gleichzeitig befürworten sie die Übertragung von nationalstaatlichen Kompetenzen an diese Institutionen. Viele von ihnen geben sich der Illusion hin, sie könnten auf überstaatlicher Ebene erfolgreicher gegen die Global player politisieren.» In Wirklichkeit sei es der Existenzzweck von EU, Nato und Uno, «die Macht der grossen Konzerne auf einer Ebene zu organisieren, die sich der lokalen Einflussnahme entzieht» (S. 154). Der Globalisierung könne man deshalb nur mit der Förderung und dem Ausbau der lokalen Strukturen begegnen (was Mattmann in Kapitel 3 «Deglobalisierung» genauer ausführt).

Nach einer gerafften Geschichte der EU und deren Einordnung als US-Projekt für eine «Symbiose zwischen den Weltkonzernen und der EU» kommt der Autor in bezug auf die Schweiz zum selben Schluss wie die Verfasserin dieser Buchbesprechung und wie immer mehr Mitbürger: «EU und direkte Demokratie sind inkompatibel.» (S. 167ff.) Peter Mattmann zog die Konsequenzen: Als die Grüne Partei 1995 ins EU-Beitrittslager wechselte, trat er aus der Partei aus. In der Folge wurde er als Rechtsradikaler verunglimpft, obwohl er seine «als Linker und Grüner vertretenen Positionen nicht geändert» hatte (S. 180).

«30 verlorene Jahre» nennt Mattmann die Zeit seit 1989, und man ist als Leser berührt von seiner Frustration über das Ende der 68er Bewegung, die einst gegen den Vietnam-Krieg angetreten war: «Gegen eine Friedensbewegung ähnlichen Kalibers hätten die Kriegspläne [der Nato ab 1999] keine Chance gehabt.» (S. 193) Sehr lesenswert sind auch seine Ausführungen zur Schweizer Armee: Statt die Abschaffung der Armee anzustreben, sollte die Linke eine aktive Neutralitätspolitik der Schweiz einfordern, indem sie unter anderem aus der Nato-«Partnerschaft für den Frieden» austritt (S. 197).

### Deglobalisierung: Kleinräumigkeit und direktdemokratische Kontrolle

Im dritten Kapitel zieht der Autor seine Schlüsse aus dem bisher Dargelegten, die zu weiten Teilen auch den Erkenntnissen des Weltagrarberichts entsprechen, aber auch die positiven Erfahrungen eines Schweizers mit der kleinräumigen und direktdemokratischen Organisation der Gesellschaft widerspiegeln. – Ökologische Wende: Deglobalisierung «strebt eine Richtungsänderung, eine Um-



ISBN 978-3-85371-489-8

kehr, die ökologische Wende an» (S. 218). «Die «ökologische Alternative zur «neoliberalen», grossindustriellen, globalisierten Wirtschafts- und Lebensweise ist die lokale Kreislaufwirtschaft.» Diese Lebensweise «wird weniger industrialisiert und Big-Tech digitalisiert, sondern agrarischer sein. Dem Handwerk kommt wieder eine grössere Bedeutung zu.» (S. 229)

– Deglobalisierung ist Lokalisierung: «Translokale Aktivitäten haben sich nach den Bedürfnissen [...] und Wünschen der lokalen Akteure zu richten.» Wirtschaftliches Rückgrat sind die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die schon immer auch Basis für die transnationalen wirtschaftlichen Aktivitäten sind (S. 220f.).

– Beschränkung transnationaler Macht durch Kleinräumigkeit und demokratische Kontrolle: «Der «Markt» hat es nicht gerichtet», stellt der Autor trocken fest. «Der Mehrheit der Erdbevölkerung wurde in den letzten 30 Jahren eine den technologischen und ökonomischen Ressourcen adäquate Lebensqualität verweigert. [...] Kleinräumige lokale Wirtschaft fördert die demokratische Machtkontrolle, somit funktioniert das Gemeinwohl besser. Grossräumige transnationale Wirtschaft erzielt vor allem maximale Gewinne.» (S. 223)

### Den heutigen Demonteuren der neutralen Schweiz ins Notizbuch

Mit seiner klaren Stellungnahme zur Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz gesellt sich Peter Mattmann zu vielen anderen Schweizer Persönlichkeiten unserer Zeit dazu. Ein Anschluss an die EU würde die «Selbstauflösung der Schweiz» bedeuten. «Denn zweifellos würde ein EU-Beitritt das, was die Schweiz zusammenhält, beseitigen.» (S. 248)

«Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie bedingen einander. Keiner dieser drei Grundsteine kann entfernt werden, ohne dass das Haus einzustürzen droht. [...] Die immerwährende (das heisst als langdauernde Maxime angelegte) Neutralität ist neben der militärischen Verteidigung [...] für einen Kleinstaat das einzige Erfolg versprechende aussenpolitische Mittel, um dieses übergeordnete Ziel [eine möglichst weitgehende Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren] zu sichern. Das Bündnis mit einer Grossmacht macht einen Kleinstaat abhängig von dieser oder aber zum Eroberungsgut der gegnerischen Grossmacht.» (S.253)

«Die Schweiz existiert nicht als kulturelle nationale Einheit, sondern nur als «Willensnation». Ihre Existenz ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Daueraufgabe.» Der Autor fügt hinzu: «Ob sich die Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie wirklich und nicht nur scheinbar erhalten lassen, ist unbestimmt.» (S.255f.)

Mattmann hat recht: Aktuell sieht es zuweilen düster aus für das Schweizer Modell. Aber die «Daueraufgabe» ist für uns heutige Schweizer grundsätzlich nicht anders als für unsere Vorfahren in früheren Zeiten: Es gilt für jeden, der die Schweiz für unsere Kinder und Kindeskinde erhalten will, sich mit allen Fasern seines Seins, mit allen direktdemokratischen Mitteln und im Gespräch von Bürger zu Bürger dafür einzusetzen.

Peter Mattmann-Allamand, geboren 1948 in Ebikon, Kanton Luzern, ist ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung der Progressiven Organisationen Schweiz (POCH), der bedeutendsten Formation der 68er Bewegung. Langjähriger Mandatsträger im Kantons- und Stadtparlament von Luzern. 1995 Austritt aus der Grünen Partei nach deren Kurswechsel in der EU-Beitrittsfrage. Facharzt für Allgemeine Innere Medizin und Homöopathie.



# Das Samenkorn legen für ein zukünftig friedliches Zusammenleben in Europa

von Eva-Maria Föllmer-Müller

Am 11. September 2022 wurde in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche der diesjährige Göttinger Friedenspreis an das deutsch-russische Jugendaustauschprojekt «Musik für den Frieden – Музыка ради Мира» zwischen Müllheim (Süddeutschland) und Twer (Zentralrussland) übergeben. Die feierliche Preisverleihung fand im Rahmen eines Konzertes «Die junge Zivilgesellschaft reicht sich die Hand» mit den deutschen und russischen Jugendlichen statt. Stellvertretend für die Ensembles wurden *Andrey Korjakov* – Direktor des «Teatr Premier» aus Twer und *Ulrike* und *Thomas Vogt* für das «Ensemble MIR» ausgezeichnet.

Die Veranstaltung zur Preisverleihung war wegen der politischen Spannungen zunächst verschoben, dann abgesagt worden und konnte schliesslich mit russischer Teilnahme doch stattfinden.

Thomas Vogt, Musikpädagoge aus Süddeutschland, wurde in einem Gespräch mit dem Kulturportal Russland auch gefragt, wie er zu der «Forderung in der deutschen Öffentlichkeit» stehe, «russische Kultur zu boykottieren».

Seine Antwort war: «Ich finde das ganz furchtbar. Russische Kunstschaffende mitsamt der russischen Kultur derartig zu diffamieren. Es ist gefährlich, jetzt alle Brücken abreißen zu wollen, stand und steht [doch] Kultur auch immer als Vermittler den Gesellschaften zur Verfügung. [...]

Der grosse Geiger *Yehudi Menuhin* sagte einmal: «Musik ist die Muttersprache aller Menschen.» Musik kann jeder und jede über alle menschlichen und politischen Grenzen hinweg verstehen. Musik geht von Herz zu Herz. Das erleben die jungen Musiker so, aber auch die Zuhörer, die das wahrnehmen. Musik ist ein emotionales Erlebnis.

Der Krieg, die Gewalt findet vor allem auf der physischen Ebene statt, auch wenn Hass und entfesselte Gefühle Auslöser sind. Kriegswerkzeuge sind materieller Art: Panzer, Kriegsschiffe, Raketen. Dafür wird leider sehr, sehr viel Geld ausgegeben.

Frieden lebt und gedeiht auf der seelischen, emotionalen Ebene. Beim Musizieren lernt man aufeinander hören, entwickelt Verständnis für die Stimme des anderen; im Einschwingen auf einen gemeinsamen Rhythmus lernt man sich gegenseitig kennen; Ziel ist es, mit dem jeweils eigenen Ton mit den anderen ein harmonisches Werk zu schaffen, Teil eines grösseren Ganzen zu sein; empathisch und wohlwollend zu kommunizieren. In diesem sozialen-symphonischen Körper gibt es keine Sieger und keine Verlierer. Das sind die «Friedenswerkzeuge», die wir den jungen Menschen durch die Musik an die Hand geben wollen. Musik kann in dieser Hinsicht Brücken bauen für Verständnis und Freundschaft auch in politisch schwierigen Zeiten.»<sup>1</sup>



«Die junge Zivilgesellschaft reicht sich die Hand»: Konzert mit deutschen und russischen Jugendlichen anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises in der Gedächtniskirche Berlin. (Bild TA)

Mit dem Göttinger Friedenspreis würdigt die *Stiftung Dr. Roland Röhl* den wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag des Projekts zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. «Der zivilgesellschaftlich engagierte künstlerische Austausch der deutschen und russischen Jugendlichen soll zeigen, dass trotz der fatalen politischen Situation in Europa eine freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit über Grenzen hinweg möglich ist», heisst es in der Mitteilung der Stiftung.<sup>2</sup> Das Ensemble «MIR» begann 2019 als musikalischer Jugendaustausch mit dem «Teatr Premier» im russischen Twer an der Wolga. Damals waren 40 deutsche Jugendliche für 10 Tage nach Russland gereist, lebten dort in Familien und probten gemeinsam. Danach gaben beide Ensembles in Twer und Moskau erfolgreiche Konzerte. Einige Wochen später erfolgte mit den Konzerten der Gegenbesuch in Süddeutschland.

Das Ehepaar *Thomas* und *Ulrike Vogt* aus Müllheim arbeitet seitdem mit seinem russi-

schen Partner *Andrey Korjakov*, Direktor des «Teatr Premier» zusammen. Mit den Projekten soll «auf zivilgesellschaftlicher Ebene in direktem persönlichem Kontakt ein Zeichen für ein friedliches, freundschaftliches und vertrauensvolles Zusammenleben in Europa gesetzt werden.» (<https://www.musik-fuer-den-frieden.de>)

Bis zu 70 Jugendliche zwischen 15 und 22 Jahren wirken bei den Projekten mit. So entstanden gemeinsame szenische Bühnenprogramme mit Musik, Tanz und Theater, die dann in beiden Ländern aufgeführt werden. Während der Corona-Pandemie, die gegenseitige Besuche verunmöglichte, konnten verschiedene gemeinsame Videoprojekte realisiert werden. Das jüngste Videoprojekt «Du bist stärker als Dein Schatten» wurde am 6. Februar 2022 veröffentlicht. Darin geht es um den Umgang mit Problemen und Verführungen, mit denen junge Menschen häufig konfrontiert sind: Drogen, Diebstahl, Bestechung, Mobbing.

Gerade dieses Projekt ist nicht nur beispielhaft für sinnvolle Friedensarbeit, sondern auch ein wunderbares Beispiel für gelungene Präventionsarbeit.

Der Videopart wurde in Russland mit 40 Schauspielern aufgenommen und produziert,

## Ensemble MIR

Das Ensemble MIR (Music for International Relations), gegründet im Herbst 2021, bringt anspruchsvolle musikalische Programme mit Tanzchoreografien und schauspielerischen Elementen auf die Bühne.

Das Ensemble MIR ging aus der Musical-Company des *Lise-Meitner-Gymnasiums* Grenzach-Wyhlen hervor. Die Jugendlichen aus Südbaden erarbeiten ihre Konzertprogramme in Zusammenarbeit mit der Jugendtheatergruppe «Premier» aus Twer im Rahmen eines Austausches in beiden Ländern. Das Ensemble steht musikbegeisterten Jugendlichen, die sich für den Frieden in der Welt einsetzen wollen, offen.

## Initiatoren

*Thomas Vogt* (Musikpädagoge) und *Ulrike Vogt* (Musikerin) haben seit den achtziger Jahren zahlreiche grosse musikalische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt. Friedensprojekte standen immer wieder im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Nach seiner Pensionierung 2021 führt *Thomas Vogt* mit *Ulrike Vogt* die Projekte «Musik für den Frieden» mit dem Ensemble MIR weiter. Mit einem Auftritt ihres Jugendorchesters der Waldorfschule Müllheim umrahmten sie den «Festakt zum 50. Jahrestag der Befreiung der KZ-Häftlinge» in St. Petersburg vor über 900 Zuhörern aus ganz Europa.

Quelle: <https://www.musik-fuer-den-frieden.de/uber-uns>



der unterlegte Song, komponiert von *Andrey Korjakov*, wurde in Deutschland mit 35 jungen Musikern aufgenommen und produziert. Am Anfang des Videos heisst es: «Du bist stärker als Dein Schatten! Überall auf der Welt lauern Verführung und Gewalt, Gier und Sucht. Kannst Du widerstehen?» In der Mitte des Videos kommt die Wende: «Wir können alle widerstehen, wenn wir die dunkle Seite in uns verwandeln. Wenn wir uns in Liebe und Freundschaft begegnen, können wir gemeinsam den Weg in eine friedliche, lichte Zukunft beschreiten.»

Man kann das Video hier ansehen: <https://www.youtube.com/watch?v=iZmp8Ov7RxQ>. Es lohnt sich.

<sup>1</sup> <https://kulturportal-russland.de/musik-fuer-den-frieden/>

<sup>2</sup> <https://kulturportal-russland.de/musik-fuer-den-frieden/>



*Ulrike Vogt*, *Andrey Korjakov* und *Thomas Vogt* (v.l.n.r.) nehmen stellvertretend für die Ensembles «Teatr Premier» und «MIR» den Göttinger Friedenspreis entgegen, überreicht von *Hans-Jörg Röhl*. (Bild [www.musik-fuer-den-frieden.de/projekte](http://www.musik-fuer-den-frieden.de/projekte))

## Teatr Premier, Twer

Das preisgekrönte Jugendtheaterensemble «Premier» aus Twer in Russland wurde 1992 unter Leitung von *Andrey Korjakov* gegründet. Seither gibt es jährlich mehrere Theaterproduktionen mit verschiedenen Kinder- und Jugendensembles auf hohem Niveau. Das Repertoire umfasst ein grosses Spektrum von Drama über Komödie bis zu Musicals. 2012 wurde das Theater ausgezeichnet und darf den Titel «Volkstheater» tragen.

Das Kreativteam um *Andrey Korjakov* möchte eine Theaterwelt präsentieren, die universelle Werte vermittelt und die spirituelle Entwicklung eines Menschen in den Vordergrund stellt.

*Andrey Korjakov*, Direktor des *Teatr Premier*, absolvierte 2002 die Pädagogische Fakultät der Staatlichen Universi-

tät Twer. Im Jahr 1992 gründete er das Kindertheaterstudio «Premier», das sich später zu einem vollwertigen, unabhängigen Theater entwickelte. Er ist Leiter der einzigen Musicalschule der Region, in der Kinder und Jugendliche in Schauspiel, Tanz und Gesang ausgebildet werden. Ebenso leitet er das alljährlich stattfindende Kindermusical-Festival.

Die Musiktheaterstücke, sowohl die Texte als auch die Musik, stammen grösstenteils aus seiner Feder. Seine Werke werden nicht nur vom Publikum geliebt, sondern bekamen auch eine Reihe von Auszeichnungen. Im Jahr 2017 wurde *Andrey Korjakov* mit dem Preis des Gouverneurs der Region Twer «für Leistungen im Bereich Kultur und Kunst» ausgezeichnet.

Quelle: <https://www.musik-fuer-den-frieden.de/uber-uns>